

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 23. März 1912.

Redakteur: A. Gutmann, Düsseldorf, Kavaleriesstr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrkohlenbecken.

Von einem Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter wird uns geschrieben:

„Wie es nicht anders zu erwarten war, hat die wüste, unverantwortliche Streikheize der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet die entsprechenden Früchte gezeitigt. Die Bewegung hat sehr ernste und bedauerliche Folgen gehabt. Von dem sogenannten „Dreibund“ ist in einer Konferenz zu Bern am Sonntag, den 10. März, der Streik proklamiert worden. Von den anwesenden Delegierten stimmten 507 für, 74 gegen den Streik. Außerdem wurden zwei weiße Zettel abgegeben. 32 enthielten sich der Stimme. Es ist geradezu Wahnsinn und widerspricht allen gewerkschaftlichen Regeln, gegen den Willen einer so großen Zahl von Mitarbeitern den Streik zu beginnen. Die Streikordnungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften verlangen durchweg, daß sich mindestens $\frac{3}{4}$ der Arbeiter für den Streik erklären müssen, wenn gestreikt werden soll. Sehr bezeichnend ist, daß sofort im Anschluß an die Konferenz ein schon vorher fertiggestelltes Extrablatt der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung erschien, welches die Streikparole verkündigte. Die Delegierten erhielten große Pakete mit Streikflugblättern eingehändigt, welche in den einzelnen Zahlstellen verteilt werden sollten. Dieses ist ein Beweis, daß die Delegiertenversammlung am 10. März nur noch ein Theater war. Extrablatt, Flugblätter und Streikbeschlüsse waren vorher schon fertig. Von dem sozialdemokratischen Verband und der roten Parteipresse war in den letzten Wochen derartig gearbeitet worden, daß es für sie nach eigener Angabe in der gegenwärtigen Bewegung ein Zurück nicht mehr gab.

Der sozialdemokratische Verband wollte und mußte eine Bewegung haben. Einerseits, um über die schwere Niederlage, welche die Sozialdemokratie im Ruhrrevier bei der Reichstagswahl, besonders durch die Niederlage des Verbandsführers Otto Hue, erlitten hat, hinwegzukommen, und andererseits, weil der Verband befürchtet, größere Massen seiner radikalen Elemente an die Anarchosozialisten zu verlieren. Aus diesem Grunde gaben sich der sozialdemokratische Verband und seine Nachläufer nicht etwa mit der in Nr. 9 der „Textilarbeiterzeitung“ zum Abdruck gebrachten Antwort des Zechenverbandes zufrieden, sondern sie stellten außer der Lohnforderung noch neun weitere Forderungen, darunter einige prinzipieller Natur, die sicher nicht ohne Kampf bewilligt werden. Zu einem solchen Kampfe ist der jetzige Zeitpunkt aber äußerst ungeeignet. Die Grubenbesitzer hatten eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Da mußte zunächst abgewartet werden, wie weit die Arbeitgeber diesem Versprechen nachkamen. Zudem trat die Erhöhung der Kohlepreise erst mit dem 1. April ein. Mithin war eine abwartende Stellung geboten, wie auch von den Vertretern des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter in der ersten gemeinsamen Sitzung hervorgehoben wurde.

Diese Stellungnahme des christlichen Gewerkschaftsvereins paßte jedoch dem sozialdemokratischen Verband nicht. Es gab dann ja keine Bewegung und man konnte keinen Sympathiestreik für die Engländer inszenieren. Daß dieser tatsächlich beabsichtigt war, geht aus einer Notiz in Nr. 6 der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung vom 10. Februar cr. hervor. In einem Bericht über die Bewegung in England heißt es dort u. a.:

„Die britischen Bergarbeiter hoffen, daß ihre deutschen Kameraden die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden, selbst für den Fall, daß die Deutschen nicht instande sein sollten, die durch den Kampf

um den Minimallohn geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen.“

In der Bewegung in England laufen nun bei der Bewegung sozialistische und syndikalistische Tendenzen mit unter. Ebenso sind bei der Bewegung in Frankreich, Belgien und Deutschland ähnliche Tendenzen maßgebend. Freudestrahelnd rief deshalb die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nr. 9 vom 12. Januar 1912 aus, daß durch die Aktion der Bergarbeiter „vielleicht noch bis zum Frühling die ganze Welt durch einen Generalstreik erschüttert wird“. Die christlichen Gewerkschaften haben selbstverständlich keine Veranlassung, zur Förderung der Sozialdemokratie die ganze Welt durch einen Generalstreik zu erschüttern. Im Gegenteil! Als christlich-nationale Gewerkschaft ist der Gewerkschaftsverein grundsätzlich gegen einen aus politischen und revolutionären Tendenzen hervorgerufenen internationalen Generalstreik.

Daß der gegenwärtige Kampf im Ruhrgebiet viel mehr eine politische wie eine wirtschaftliche Machtprobe darstellt, verrät auch der „Vorwärts“ in seiner Nr. 59. Derselbe schreibt u. a.:

„Was heute da unten im Ruhrrevier unsere Brüder beschließen werden, ist von größter Bedeutung für die Welt des Kapitals und die Welt der Arbeit. Gewaltige Zuckungen schütteln den alten Leib des Kapitalismus. Außerhalb der Parlamente sind sie entstanden, und kein Parlament hat Macht über sie. Aber im Parlament wird in politische Entscheidung umgemünzt, was draußen ökonomische Kräfte losgebroschen. Deshalb ist uns die Machtstellung in den Parlamenten so wichtig.“

Hier haben wir also ein glattes Bekenntnis des sozialdemokratischen Zentralorgans, daß es sich bei der gegenwärtigen Lohnbewegung um einen Versuch handelt, die Machtgelüste der Umsturzpartei zu befriedigen. Dieses hat die Gewerkschaftsleitung frühzeitig genug vorausgesehen und daher die Beteiligung an einer solchen Bewegung abgelehnt. Dieser Standpunkt wurde von der außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins am 6. März einstimmig gutgeheißen. Im übrigen darf bei dem Gewerkschaftsverein als christliche Organisation der Streik nur das letzte Mittel sein. Er darf nur dann angewandt werden, wenn der Beweis vorliegt, daß alle friedlichen Mittel versagt. Der Dreibund hat aber gar nicht abgewartet, ob die Arbeitgeber ihr Versprechen auf Zahlung höherer Löhne erfüllen. Schon am Montag, den 4. März, traten einige Belegschaften in den Ausstand, obwohl erst am 5. März die Frist abließ, welche den Grubenverwaltungen zur Beantwortung der Forderungen gesetzt war.

Der christliche Gewerkschaftsverein konnte die Bewegung und damit den Streik dann auch deshalb nicht mitmachen, weil kein Erfolg zu erwarten war. Der größte Teil der Ruhrbergleute ist noch unorganisiert. Auch sind die Massen der Organisationen nicht genügend gefüllt. Alle Bergarbeiterorganisationen haben zusammen nur ein Vermögen von rund sechs Millionen. Womit sollte man also die große Masse für eine längere Zeit unterstützen? Aus anderen Kreisen hatten die Bergleute jetzt nicht viel an Unterstützungen zu erwarten. Weiter zwang auch die Rücksicht auf andere Berufe und die Allgemeinheit, jetzt nicht zu streiken. Ein Bergarbeiterstreik hat böse Folgen für die kohlenverbrauchende Industrie. Unter Umständen könnte ein längerer großer Bergarbeiterstreik Hunderttausende aus anderen Berufen arbeitslos machen. Sodann stehen wir jetzt am Beginn einer

Hochkonjunktur. Diese gute Konjunktur könnte aber durch einen Bergarbeiterstreik niedergeschlagen werden. Statt eines guten Verdienstes hätten die Arbeiter dann bald wieder mißliche Zeiten zu erwarten.

All diese gewichtigen Gründe gegen den Streik in diesem Augenblick können auch die Führer des sozialdemokratischen Verbandes nicht übersehen. Wenn sie trotzdem für den Streik waren, so sind offensichtlich andere Gründe maßgebend. Diese liegen klar zutage. Neben der Förderung des internationalen Generalstreiks soll auch die jetzige Bewegung wieder ein Vernichtungskampf gegen den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter sein. Ihm soll das „schmerzstillende Halsband“ umgelegt werden, weil er ein Hindernis für die Erreichung der sozialdemokratischen Ziele bildet. Recht offenerzig gab ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes diesem Gedanken mit den Worten Ausdruck: „Wenn wir auch nichts erreichen bei dem Streik, wenn nur der Gewerkschaftsverein kaputt geht.“ So denken Tausende und handeln danach. Sie sollen und werden aber nicht ihren Willen bekommen. Die Gegner des Gewerkschaftsvereins werden sehen, daß sie auf Granit beißen.

Die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins haben in Konferenzen und Versammlungen überall einmütig zusammengestanden und den Streikheizer ein klares und deutliches „Nein“ entgegengerufen. Sie werden mutig und entschlossen auch weiterhin fest an der ausgegebenen Parole halten und den sozialdemokratischen Hezern und deren Trabanten die Stirne zeigen, damit die politische Machtprobe der roten Internationale ein schmachvolles Fiasko erleidet. Wenn hier und da auch Gewerkschaftsmitglieder der Arbeit fernbleiben, so ist das fast ausschließlich auf den ungenügenden Sicherheitsdienst zurückzuführen. Trotz des guten Willens versagte die Polizei an vielen Stellen. Den großen Massen gegenüber war die Zahl der Beamten stellenweise machtlos. Die Sozialdemokratie hatte z. B. am zweiten Streiktag den ganzen ihr zur Verfügung stehenden Großstadtmob aufgebieten, um die Bergleute von der Arbeit zurückzuhalten. Verschiedentlich kam es denn auch zu den schlimmsten Ausschreitungen. Von der Leitung des Gewerkschaftsvereins wird daher entschieden ausreichender Schutz verlangt. Jetzt werde die Probe auf das Exempel gemacht. Es frage sich jetzt, so heißt es im Bergknappen, ob die Regierung noch die Macht habe, Ordnung zu halten, oder ob schon sozialdemokratisches Gesindel herrschen könne.

Soviel kann heute schon gesagt werden, daß der Streik nicht den Umfang annehmen wird, den die roten Führer vorhergesagt haben. Gegenüber den kolossal übertriebenen Meldungen in der sozialdemokratischen Tagespresse muß festgestellt werden, daß z. B. am zweiten Streiktag nur ca. 43% Streikende vorhanden waren. Bemerkenswert ist ferner, daß von den ungefähr 40000 Krankeninsassen, die gegenwärtig bei den Bergleuten der Ruhrzechen im Umlauf sind, rund 25000 auf das Konto des Streiks kommen. Wir können also die interessante Beobachtung machen, daß die „Streikkrankheit“ bei den Genossen viele Opfer fordert. Eine große Anzahl derselben hat zum Streiken keine Lust und zum Arbeiten sind sie zu feige. Da muß der Krankenschein ausshelfen. Dabei schimpft man dann andere, die ihre Familie nicht in Not und Elend bringen wollen, Streikbrecher. Wirklich vorzügliche sozialdemokratische Klassenkämpfer, welche die Welt aus den Angeln heben wollen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß mit dem dritten Streiktag den Streikenden von einer Anzahl Zechen-

verwaltungen die Nachricht zugegangen ist, daß die Kontraktbruchstrafe in Kraft trete, wonach der Lohn für 6 Schichten eingehalten wird. Ferner verliert eine ganze Anzahl von Knappschaftsmitgliedern ihre Anrechte an die Knappschaftspensionkasse. Bei einer neuen Anfahrts-, d. h. wenn ihnen durch den Arbeitsnachweis eine solche verschafft wird, müssen sie ein neues Gesundheitsattest beibringen. Falls die Betroffenen über 40 Jahre alt sind, werden sie überhaupt nicht mehr in die Pensionskasse aufgenommen. Die bis dahin gezahlten Beiträge verfallen. Die Arbeiter, die länger wie 5 Jahre der Kasse angehören, können durch Zahlung von Feierschillingen ihre knappschaftlichen Rechte aufrecht erhalten. Wir sehen also auch hier, welche schlimmen Folgen der unverantwortliche Streikbeschuß für so manchen Bergmann im Gefolge hat.

Demgegenüber zeigt der Beschluß des Gewerksvereins, daß sich dessen Führer vollumfänglich ihrer Verantwortung bewußt sind. Dieses wird auch in der weitesten Öffentlichkeit anerkannt und gewürdigt. So schreibt z. B. die „Kölnische Zeitung“, daß man ganz gewiß keine große Sympathie für den christlichen Gewerksverein nachrühmen kann, in einer längeren kritischen Betrachtung in Nr. 227 vom 12. März u. a. folgendes:

„Die Haltung der Christlichen ist in hohem Maße beachtenswert, denn in den letzten Jahren hatte man sich schon beinahe daran gewöhnt, sie in den rein gewerkschaftlichen Fragen mit dem alten Verband auf eine Stufe zu stellen. . .

Man kann den Christlichen die Anerkennung dafür nicht verweigern, daß sie es gewagt haben, gegen den zwingenden Eindruck eines bei den Massen immer noch höchst zugkräftigen Schlagwortes, wie es der Kampfruf gegen die sogenannten Bergherren ist, anzukämpfen und dadurch Gefahr zu laufen, sich eben diese Masse, auf die sie doch auch angewiesen sind, zu entfremden. Bleiben sie, was zu hoffen und auch zu erwarten ist, fest, so wird es ihnen an kräftiger moralischer Unterstützung weiter Kreise der öffentlichen Meinung nicht fehlen.“

Auf einen anderen Standpunkt stellt sich die „Frankfurter Zeitung“. In ihrer Nr. 71 sucht sie die Stellungnahme des christlichen Gewerksvereins auf das politische Gebiet zu schieben, indem sie schreibt, an dem Verhalten des Gewerksvereins hänge ein Stück „Kölnischer Richtung“ des Zentrums. Dieses ist natürlich Unsinn. Das Vorgehen des Gewerksvereins ist von rein sachlichen Motiven geleitet. Die Zeitung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß allerdings die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter längst nicht zufriedenstellend, aber die Verhältnisse doch nicht so seien, daß Veranlassung gegeben sei, jetzt von dem äußersten Kampfmittel Gebrauch zu machen. Im übrigen wird der Gewerksverein durch eifrige Werbearbeit unter den Unorganisierten dahin streben, daß die Vorbedingungen zur Einführung von Tarifverträgen im Bergbau geschaffen werden.“

Warum der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter den Streik nicht mitmachen durfte.

Von Generalsekretär A. Stegerwald.

Ueber das Verhalten des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zum gegenwärtigen Ruhrbergarbeiterstreik werden nicht nur in der sozialdemokratischen Presse, sondern auch in bürgerlichen Zeitungen die

abenteuerlichsten Betrachtungen

angestellt. So läßt sich die „Frankf. Ztg.“ (Nr. 71, Morgenblatt) von ihrem Spezialkorrespondenten u. a. schreiben:

„Diesmal nur noch einige Worte über den christlichen Bergarbeiterverband. Es ist schon gesagt worden, daß die Entscheidung auf den „alten“ Verband sein Verhalten bestimmt. Aber es liegt doch noch etwas Besseres zugrunde: an dem Verhalten des christlichen Verbandes hängt ein Stück „Kölnischer Richtung“ des Zentrums. Das die Christlichen Gewerksvereins in ihrer Haltung gegen den Streik vom Zentrum bestimmt werden, läßt sich natürlich nicht beweisen, aber gute Kenner der Dinge und Personen bezweifeln es nicht, und es ist auch sehr plausibel. Die Kölnische Richtung strebt u. a. auch für die christlichen Gewerkschaften gegen die katholischen Fachabteilungen. Da kommt nun viel darauf an, daß sich die christlichen Gewerkschaften, vor allem ihre wichtigsten, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, auch „bewähren“, d. h. wenn irgend möglich, nicht streiken. Andernfalls würde man sagen, es zeige sich, daß sich Arbeiterorganisationen, die nicht unter unmittelbarem Einfluß der Gewerkschaft stehen, von den sozialdemokratischen lösen untercheiden, und das wäre wieder eine Waffe für die Vertreter der Fachabteilungen, also gegen die Kölnische Richtung. Die Kölnische Richtung kann einem ja leid tun, aber für die Frage, um die es sich jetzt hier handelt, kann das nicht weiter in Betracht kommen.“

Solche Kombinationen sollen wohl als geistreich gelten; von der Wahrheit sind sie indes weit entfernt. Es ist überhaupt ein eigenartiges Ding, daß man hinter der Haltung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter politische Motive sucht, während von dem gleichen Blatt für das Vorgehen des sozialdemokratischen Bergarbeiter-

verbandes ausschließlich wirtschaftliche und soziale Gründe, teilweise mit den gewagtesten Behauptungen und Konstruktiven, zusammengetragen werden. Objektiv ist diese Methode nicht. Für die Preise, welche die christlichen Gewerkschaften nur in etwa kennen und die Zusammenhänge und Begleiterscheinungen beobachtet haben, die dem gegenwärtigen Bergarbeiterstreik an der Ruhr vorausgegangen sind, bedarf es nicht solcher Kombinationen, um das Verhalten des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zu verstehen. Bei dem gegenwärtigen Ruhrbergarbeiterstreik tritt lediglich folgende Tatsache klar in die Erscheinung:

Der grundsätzliche Unterschied in der Stellung zum Streik

zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Und dieser Unterschied besteht darin, daß die christlichen Gewerkschaften den Streik ausschließlich als wirtschaftliches und letztes Kampfmittel ansehen, während er für die Sozialdemokratie nicht bloß wirtschaftliches, sondern auch politisches Kampfmittel ist und daneben noch als internationales Demonstrationsobjekt benutzt wird. Die unterschiedliche Handhabung des Streiks zwischen sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften ist von letzteren im Verlaufe der jüngsten Zeit mehrfach hervorgehoben worden. Es braucht nur erinnert zu werden an die parlamentarischen Diskussionen über die den Verbänden für das staatliche und öffentliche Verkehrsgewerbe zuzehenden Kampfmittel — für die bekanntlich die christlichen Gewerkschaften den Streik ablehnen — und an den Aufruf des Ausschusses des christlichen Arbeiterkongresses im vergangenen September gelegentlich der letzten Marokkoreise. Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik an der Ruhr ist nicht in der Hauptsache aus den sozialen Verhältnissen im Ruhrbergbau verursacht, sondern er ist zum weitaus größeren Teile aus dem englischen Bergarbeiterstreik hervorgewachsen, was im einzelnen zu beweisen sein wird.

Die Ruhrbergarbeiterbewegung nahm bisher folgenden Verlauf:

Am 2. Februar erließ der Bergbauverein in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ eine Notiz, in der Lohnhöhungen angekündigt wurden. Am 5. Februar fand eine Sitzung von Vertretern der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen statt, an der auch Vertreter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter teilnahmen. In dieser Sitzung wurde von dem sozialdemokratischen Verband angeregt, es solle jetzt eine Eingabe an den Zechenverband gemacht werden wegen der Lohnfrage. Die Vertreter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter vertraten den Standpunkt, daß, nachdem Lohnankündigungen erfolgt seien, man erst abwarten solle, inwiefern diese von den einzelnen Zechen verwirklicht würden; wenn in einigen Wochen keine genügende Lohnhöhung zu beobachten sei, könne immer noch eine diesbezügliche Eingabe an den Zechenverband gemacht werden. Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes wollten diese Gründe nicht anerkennen, worauf die Sitzung geschlossen wurde und die Vertreter der christlich organisierten Bergarbeiter sich entfernten. Am 6. Februar haben dann die Verbände der sozialdemokratischen Bergarbeiter, der polnischen Bergarbeiter-Berufsbereinigung und der Hirsch-Dunderliche Gewerksverein der Bergarbeiter eine Eingabe an den Zechenverband und den Bergbauverein beschlossen, die lediglich auf die Lohnfrage Bezug nahm. Der Zechenverband antwortete:

„Auf Ihr an uns und gleichlautend an den Bergbauverein gerichtetes gest. Schreiben vom 6. d. M. teilen wir Ihnen höflich mit, daß wir aus wiederholt dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig sind.“

Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Lohnsteigerung, infolge der vom Kohlenyndikat zum 1. April d. J. beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im nieder-rheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorsteht. Eine Erhöhung auch der übrigen Löhne ist angesichts der starken Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit zu erwarten, vorausgesetzt, daß unser Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.“

Aus dieser Antwort geht sehr deutlich hervor, daß in der Lohnfrage bereits Zugeständnisse gemacht worden und weitere bevorstehen. Und namentlich konnte beobachtet werden, wie die

Grundlage der Lohnbewegung vollständig verschoben

wurde. Während man bisher nur wegen der Lohnfrage vorpostillig wurde, wurden am 19. Februar folgende zehn Forderungen aufgestellt:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent und Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Die Abschlagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden, die Restlohnzahlung spätestens am 10. des folgenden Monats zu erfolgen.
3. Achtstündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei 22 Grad Celsius, sechsstündige bei 28 Grad. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich einschließlich Ein- und Ausfahrt.
4. Ueber- und Nebenarbeiten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden ausgeübt werden.
5. In den Koloniewohnungen ist die sonst übliche einmonatige Kündigung einzuführen. Den Mietern ist alle

Bewegungsfreiheit in Bezug auf Organisationszugehörigkeit, Wareneinkäufe usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kolligatoren ausgeübt werden.

6. Dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgefeglihen Leistungen für Knappschaftsinvaliden, Witwen und -Waisen seitens der Knappschaftsverwaltung auf die Knappschaftsleistungen nicht mehr stattfinden.

7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Aufhebung des noch für die Nachbargleichen bestehenden Sperrsystems.

8. Einschränkung des Strafmaßes: Strafen von über eine Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeitsausschusses.

9. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.

10. Errichtung von Ausschankstätten für alkoholfreie Getränke auf dem Zechenplatz.

Ueber die Ursache dieser Schwelung ist bisher nichts verlautbart; sie ist in der Lage des englischen Kohlenbergbaues begründet. Man beachte die Daten. Die erste Eingabe, die sich auf die Lohnfrage bezug nahm, erfolgte am 6. Februar, die zweite Eingabe mit den 10 Forderungen ist datiert vom 19. Februar, ist aber nach den Berichten der Ruhrpresse erst am 22. Februar morgens bei dem Zechenverband und dem Bergbauverein eingetroffen, somit im Verlaufe des 21. Februar abgeschickt worden. Am 21. und 22. Februar fand

in London eine internationale Konferenz

statt, an der deutscherseits die Herren Sachse und Witt vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband teilgenommen haben. Die obigen Forderungen sind also während der Londoner Tagung an die deutschen Unternehmer abgeschickt worden. Auf der Londoner Konferenz sind ohne Zweifel Vereinbarungen getroffen bzw. Beschlüsse gefaßt worden, die für die veränderte Taktik des sozialdemokratischen Verbandes bestimmend waren. Und da mit der Lohnfrage, die den Ausgangspunkt der Lohnbewegung bildete, ein Streik sich nicht mehr rechtfertigen ließ, wurde eine Anzahl weiterer Forderungen gestellt. Diese Forderungen bedeuteten für den Eingeweihten, für den, der die seitherigen Vorgänge und Kämpfe im Ruhrbergbau zu beurteilen vermochte, das Signal zum Kampf. Daß der Streik nicht in erster Linie der gegenwärtigen sozialen Situation an der Ruhr zuzuschreiben ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß bei der letzten Montagsmorgenschicht erst 34,38 Proz. der Belegschaft streikten, obwohl in der vorausgegangenen Woche seitens der sozialdemokratischen Agitatoren außerordentlich scharf gemacht worden war; obwohl Sonntags der „Dreibund“ in seinen Versammlungen, wie er selbst angibt, 150 000 Besucher hatte, die von dem Streikbeschuß unterrichtet wurden; obwohl Sonntags abends der Streikbeschuß durch Extrablätter im ganzen Ruhrrevier bekannt gemacht worden war. Daß die internationale Situation für die Haltung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zum Ruhrbergarbeiterstreik bestimmend war, gab die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung auch selbst zu, indem sie in Nr. 6 vom 10. Februar über die Bewegung in England schrieb:

„Die Nachricht, daß der deutsche Verband seine Mitglieder auffordert, Ueberstunden und Ueberstunden zu meiden, um den britischen Kameraden den Kampf nicht zu erschweren, hat allgemeine Genugtuung hervorgerufen. . . Die britischen Bergarbeiter hoffen, daß ihre deutschen Kameraden die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden, selbst für den Fall, daß die Deutschen nicht imstande sein sollten, die durch den Kampf um den Minimallohn geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen.“

Auch die „Leipziger Volkszeitung“ wußte bereits im Januar (Nr. 9) zu berichten,

daß „vielleicht noch bis zum Frühling die ganze Welt durch einen Generalstreik erschüttert wird.“

Der Bergarbeiterstreik in England ist aber nicht, wie dies auf den ersten Augenblick scheinen möchte, von günstiger Rückwirkung auf einen Bergarbeiterstreik in Deutschland. Dieser Auffassung hat auch der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Hue in einer Versammlung am 3. März zu Werden nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ (Nr. 240 vom 4. März) mit folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Durch einen Streik in Deutschland würde den englischen Grubenbesitzern das Herz erleichtert, da sie nicht mehr zu fürchten brauchen, ihre Absatzgebiete zu verlieren. Die Fortsetzung der Förderung hier in Deutschland ist das stärkste Preismittel, das für die englischen Bergarbeiter gegenüber den englischen Grubenbesitzern vorhanden ist.“

Durch den englischen Bergarbeiterstreik fehlt in der Gegenwart tatsächlich eines der hauptsächlichsten Druckmittel auf die deutschen Bergbauunternehmer. Der Hauptkohlenkonkurrent Deutschlands ist nämlich England; in der Gegenwart aber kann England weder dem deutschen Bergbau Konkurrenz noch Absatzgebiete streitig machen, weil die englischen Bergleute selbst streiken. Der deutsche Bergbau kann also in den nächsten Wochen Absatzgebiete nicht verlieren. Im Gegenteil, ein Teil der englischen Absatzgebiete in Deutschland (Berlin, Stettin usw.) wird nunmehr von der schlechten Kohle voraussichtlich zurückerobert werden. Der Ruhrbergbau kann sonach in der Gegenwart einen Streik von etwa einmonatlicher Dauer ohne dauernden Verlust von Absatzgebieten ertragen. Der Ausfall an der Produktionsmenge kann im Verlauf

des Jahres durch Einlage von Ueberflüssen zum Teil durch das Kohlenyndikat reguliert werden. Ein größerer Schaden kann durch einen Bergarbeiterstreik in der Gegenwart lediglich den übrigen Industrien, insbesondere

der Metall- und Textilindustrie,

verursacht werden. Und diese Industrien haben ohne Zweifel die Situation im Bergbau nicht verschuldet. Die Textilindustrie hat sich ohnedem noch kaum von ihrer schwierigen Lage, in der sie sich im letzten Jahre infolge der anormal hohen Baumwollpreise befand, wieder erholt. Auf solche Gesichtspunkte und Zusammenhänge hat eine Gewerkschaftsbewegung Rücksicht zu nehmen und zwar nicht bloß im Interesse der einheimischen Volkswirtschaft, sondern auch im ureigensten Interesse der in den übrigen Industrien beschäftigten Arbeiterschaft.

Die deutsche Textilindustrie und verschiedene Zweige der deutschen Metallindustrie hätten, wenn es in Deutschland nicht zum Streik gekommen wäre, ihren englischen Konkurrenzindustrien in der Gegenwart wie noch nie beikommen können. Der deutschen Textilindustrie hätte bei dieser Gelegenheit ein großer Teil der Ellenbogenfreiheit verschafft werden können, die sie gegenüber der englischen Konkurrenz längst benötigt.

Daß die sozialen Verhältnisse der Ruhrbergarbeiter vieles zu wünschen übrig lassen, daß insbesondere die Unternehmer es nicht verstanden haben, die Arbeiter richtig zu behandeln, ist unter den Arbeiterorganisationen keine Streitfrage. Aber mit der bloßen Erkenntnis befreit man die belagerten Zustände nicht. Zudem wäre in der gegenwärtigen Situation auch ohne Streik eine Anzahl Zugeständnisse von den Unternehmern zu erzielen gewesen. Die ganze Situation zwang ja gleichsam die Unternehmer zu Zugeständnissen in der Lohnfrage: die Situation in England, die ansteigende Konjunktur, die Vornahme einer Erhöhung der Kohlenpreise durch das Kohlenyndikat usw.

Es besteht denn auch unter den Kameraden des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes gar kein Zweifel, daß für ihn nicht bloß oder in der Hauptsache die sozialen Verhältnisse der Ruhrbergarbeiter, sondern auch andere Gründe für sein Verhalten zum Streik bestimmend waren. Und diese Gründe liegen in den Organisationsverhältnissen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung hat in den Jahren von 1905 bis 1911 ihre Mitgliederzahl rund verdoppelt; der einzige Verband, der in der gleichen Zeit seine Mitgliederzahl um 20000 verminderte, ist der sozialdemokratische Bergarbeiterverband. Dann ist in den Kreisen der Sozialdemokratie an der Ruhr infolge des Ausganges der letzten Reichstagswahl, wo den Sozialdemokraten Duisburg und Bochum verloren gingen, eine große Verärgerung ausgelöst worden. Auch diese Tatsache hat zu dem Ausbruch des Streiks in der Gegenwart reichlich beigetragen.

Endlich ist unter den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes ein

großes Maß anarcho-sozialistischer Geistes anzutreffen. Die anarcho-sozialistische Vereinigung selbst hat im Ruhrrevier nur wenige Mitglieder, dafür sitzen aber sehr viele Tausende Anarcho-Sozialisten im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. Viele von ihnen zählen sogar zu den eifrigsten und opferfreudigsten Vertrauensleuten des sozialdemokratischen Verbandes. Sie sind der sozialdemokratischen Verbandsleitung über den Kopf gewachsen. Wenn je in einem Verbands die Leiter nicht Führer, sondern die Geschobenen sind, so im sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande. Weiter stände es ohne Zweifel um die Ruhrbergarbeiterbewegung besser, wenn man es im sozialdemokratischen Lager mit ernstlichen Führern zu tun hätte. Unter den christlichen Arbeiterführern besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß, wenn der seitherige Leiter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes Bümelburg an der Spitze des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes stünde, der unschöne Krieg unter den Bergarbeiterorganisationen mit einwandfreieren Waffen ausgekämpft und ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht würde.

Man braucht in dieser Hinsicht nur an folgende Tatsachen zu erinnern: Schon im Jahre 1897, also kurz nach der Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, schrieb der ehemalige Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Möller, an den derzeitigen Redakteur der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung einen Brief, worin Herrn Hue anempfohlen wurde, er solle die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter freischeln und Brust (den damaligen Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter) vor den Hauch treten. Bei der Ruhrbergarbeiterbewegung 1905 arbeiteten die verschiedenen Verbände einträchtig zusammen und nach der Bewegung schrieb der damalige Redakteur Hänisch von der Dortmunder Arbeiterzeitung, der jetzt in Berlin vom sozialdemokratischen Parteivorstand beschäftigt wird, in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, worin er mit aller Schärfe den Standpunkt vertrot, daß gelegentlich des Streiks dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter das „schmerzstillende Halsband“ hätte angelegt werden müssen. Und als kurz nachher laudem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress 1905

der sozialdemokratische Bergarbeiterverband wegen der Tatsache, daß dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter der Vorsitz der Siebenerkommission übertragen wurde, angegriffen wurde, sagte Herr Sachse offen, daß man dies lediglich deshalb getan habe, um den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter zu schädigen, um dessen Mitglieder zu zeigen, daß sie von dem Gegenwartsstaat nichts zu erwarten hätten. Endlich, als dieser Streik vorbei war, bei dem die Einigkeit der Bergleute sehr stark betont worden war, glaubte der sozialdemokratische Verband diese Situation zu einem groß eingeleiteten Verschmelzungsrummel ausnützen zu sollen in der Absicht, dadurch innerhalb des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Verwirrung anstiften und ihn schädigen zu können.

Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter hat es also nicht notwendig, sich gegen Unterstellungen und unzutreffende Kombinationen zu verteidigen. Sein Verhalten ist durchschlagend begründet aus sachlichen, volkswirtschaftlichen, nationalen und gewerkschaftstaktischen Gründen. Man sollte meinen, daß der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter in der gegenwärtigen Situation Anspruch darauf erheben könnte, von allen Kreisen ehlich außerhalb der Sozialdemokratie unterstützt zu werden; auch politische Konjunkturen sollten gegenüber den dargelegten Tatsachen den Gesichtskreis nicht trüben. Gegenwärtig steht die Situation an der Ruhr so: Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter wird nicht wider seine bessere Ueberzeugung, unter Mißachtung der dargelegten volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, vor dem sozialdemokratischen Terror kapitulieren! Von der Behörde aber muß er den Schutz verlangen, der für das schwierige und weitverzweigte Ruhrkohlenrevier unentbehrlich ist.

Eine regelhafte Beschimpfung unseres Kollegen Schiffer.

Im Reichstage hatten mehrere bürgerliche Parteien Interpellationen zum Bergarbeiterkampfe eingebracht. Die Interpellation des Zentrums begründete Kollege Schiffer. Schon während der Rede Schiffers machte sich die sozialdemokratische Fraktion durch fortwährende Zwischenrufe bemerkbar, als jedoch Kollege Schiffer geendet hatte, überschütteten ihn die Genossen mit einer Flut von gemeinen Schimpfwörtern. Wir lassen hier einen Bericht der N. N. (Nr. 230 15. März) folgen:

„Als Abg. Schiffer... die Zentrumsinterpellation begründet, drängen die Genossen in dichten Räueln sich zum Rednerpulte. Man weiß im Hause, was das bedeutet, zumal Liebknecht und Dittmann (als radikale Schreier bekannt D. N. d. L.-Z.) den Hausen anführen: Der Redner soll mit Zurufen und rohem Gelächter niedergeschrien oder um die Wirkung seiner Worte gebracht werden. Abgeordneter Schiffer kennt, als ehemaliger Arbeiter, die brüderliche Art der Sozialdemokratie aus eigener Erfahrung; er bleibt ruhig und redet sachlich über die Privatität des Streiks, über die sozialistische Macho dieser Kraftprobe. Er läßt die Tatsachen in der Reihenfolge der Ereignisse sprechen und erinnert nur an das Wort des roten Führers Hänisch vom „schmerzstillenden Halsband“, das jetzt dem christlichen Gewerkschaftsverein umgelegt werden soll.

Schon werden die Genossen unruhig und überschütten Schiffer mit einem wahren Hagel von Zurufen, und Abg. Schiffer spricht doch mit dem warmen Herzen des Arbeiters für die wahren Interessen der Bergarbeiter. Er fordert in solchen Zeiten doppelt dringend von den Grubenherrn positive, greifbare Zugeständnisse, schnelle Lohnerhöhung, Sorge für die soziale Not und die Wohnungsverhältnisse der Ruhrbergarbeiter. Und als dann Abg. Schiffer mit den Worten der schriftlichen und der mündlichen Berichte der mißhandelten Arbeitswilligen selber das ganze abstoßende Bild des roten Terrors im Streitgebiet malt und die Mehrheit des Hauses mit entrüsteten Hört-Hört-Rufen diese Darlegungen begleitet, da wurden die Zurufe der Genossen zum wüsten Geschrei, das nur zuweilen mit haßerfülltem Lachen abwechself. Präsident Kaempf schaffte nur mit Mühe Ordnung und Ruhe. Abg. Schiffer schloß mit dem Rufe: Volle Freiheit auch den deutschen Arbeitern im Ruhrrevier! und mit dem Nachweis, daß die terroristischen Ausschreitungen regelrecht organisiert, planmäßig inszeniert und diktiert wurden.

Seinem Schluffate folgte eine wüste Spektakelfzene der Sozialdemokraten. Pfuirufe wechselten mit Schmähwörtern ab. Es schien, als ob die Genossen im Reichstage eine Probe von ihrem Terrorismus gegen alle, die nicht ihrer Meinung sind, ablegen wollten. Judas! Streikbrecher! Zerknecht! und andere Schimpfwörter schrien sie wie ungezogene Strafenjungen dem abtretenden Redner nach, dem langanhaltender Beifall der ganzen Rechte und des Zentrums dankte.

... Wer ruhig denkend zuhörte, dem mußte es bei dieser Schlußzene nach Schiffers Rede zum Bewußtsein kommen: wie muß es erst im Streitgebiet selber Schmähereden, Schimpfwörter, Insulte, Bedrohungen und Taktlichkeiten auf die arbeitswilligen Arbeiter und die Hüter der Ordnung niederhageln, wenn nicht einmal hier im Saale die „Führer“ sich zurückhalten und der abweichenden Meinung eines Kollegen Achtung und Duldung schenken können.“

Diese gemeinen Beschimpfungen setzt der „Vorwärts“ in seinem Berichte über die Reichstagsverhandlungen fort. Mit sachlichen Gründen weiß er den Uebeltätern Schiffer nicht zu begegnen, da greift er dann zu einer unsagbar niedrigen persönlichen Verleumdung.

Man kann solchem Treiben gegenüber nichts anderes tun, als nur seine vollständige Verachtung darüber aussprechen. Es muß wirklich traurig um eine Sache bestellt sein, die in solcher Weise verteidigt werden muß.

Allgemeine Rundschau.

Evangelische Jungmännervereine zur Gewerkschaftsfrage. In Hannover fand Ende Februar d. J. das 16. Jahresfest des Christlichen Vereins junger Männer statt, zu welchem Vertreter der Vereine aus Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Celle und anderen Städten erschienen waren. In einer besonderen Konferenz befaßte man sich mit der Gewerkschaftsfrage. Herr Sekretär Müller-Hannover legte seinen Ausführungen über diese Frage Leitfäden zugrunde, in denen darauf hingewiesen wird, daß die christlichen Vereine junger Männer an den großen sozialen Bewegungen der Gegenwart nicht mehr achtlos vorübergehen könnten, sondern zu den einzelnen Strömungen Stellung nehmen müßten. So auch zur Gewerkschaftsfrage. Wörtlich heißt es in den Leitfäden:

„Von den Gewerkschaften stehen die christlichen den Jungmännervereinen am nächsten, weil sie auf christlicher Grundlage ruhen. Die Stellung des Vereins zu denselben muß darum freundlich und fördernd sein. (Durch Belehrung, Literatur, Zeitschriften.)

Wo sie (die Mitglieder) durch den Terrorismus gezwungen worden sind, in die „freie“ Gewerkschaft einzutreten, sollen sie ihre Stellung einer gründlichen Revision unterziehen. — Die Bedenken, die von evangelischer Seite gegen die christlichen Gewerkschaften laut geworden sind, haben sich als haltlos erwiesen. In den christlichen Gewerkschaften ist einzig und allein der Platz für unsere Mitglieder.“

Das ist eine klare Stellung, die im Interesse der christlichen Gesamtbevölkerung ausdrücklich zu begrüßen ist. Andere evangelische Vereinigungen, die in der Gewerkschaftsfrage noch unentschieden sind, könnten sich ein Beispiel daran nehmen.

Ein unverständliches Urteil. Eine Düsseldorfener Unternehmervereinigung hatte für ihre Mitglieder die Verpflichtung eingeführt, die aus einem der angeschlossenen Werke austretenden Arbeiter vor Ablauf von drei Monaten nicht wieder einzustellen. Diese Verpflichtung soll selbst dann gelten, wenn ein Arbeiter, ohne Differenzen gehabt zu haben vom Arbeitgeber, z. B. wegen Arbeitsmangel entlassen wird, oder der Arbeiter selbst aus eigenem Antrieb das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig löst. Eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn der Arbeiter eine schriftliche Ueberweisung vorzuzeigen vermag, die aber in der Regel nicht gewährt wird. Ein Former, der bei einer dieser Vereinigungen angehörten Firma ordnungsmäßig aufgeführt hatte, bei einer anderen Firma aber, weil nicht im Besitz der schriftlichen Ueberweisung, abgewiesen wurde, machte nun seine frühere Firma für den ihm erwachsenen Schaden verantwortlich. Das Amtsgericht kam zu einer Verurteilung der Firma, weil die erwähnte Ueberweisung gegen die guten Sitten verstoße. Anders das Landgericht, das sich auf die von der Firma eingelegte Berufung hin, ebenfalls mit der Gelegenheit zu befassen hatte. Es wies den Kläger ab, erkannte also eine Schadenersatzpflicht der Firma nicht an. Die über die Arbeiter verhängte Sperre an sich, so argumentiert das Gericht, trage nicht den Charakter einer sittenverletzlichen Handlung. Es komme vielmehr darauf an, ob die betreffende Handlung bezweckt, die gewerbliche Existenz des Gegners völlig zu untergraben und ihn dauernd erwerbs- und brotlos zu machen. Das treffe im vorliegenden Falle nicht zu. Die Sperre ziele nur darauf ab, dem Arbeiter vorübergehend die Erwerbsmöglichkeit in dem betreffenden Erwerbszweig abzuschneiden, um ihn dadurch zur Unterwerfung unter die Wünsche und Bedingungen des Gegners zu nötigen.

Das Urteil ist uns unverständlich. Es soll also keine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung sein, einen Arbeiter deswegen so hart zu strafen, weil er es gewagt hat unter ordnungsgemäßer Kündigung von der ihm gesetzlich gewährleisteten Freizügigkeit Gebrauch zu machen! Es soll den Unternehmern gestattet sein, selbst unter Anwendung grausamer Zwangsmittel den Arbeiter ihren Wünschen gefügig zu machen! Nein, wir müssen gestehen, das geht über unseren Horizont. Wir meinen, selbst wenn der Arbeiter sich wirklich verhalten hätte, wäre sogar noch zu prüfen, ob eine derartige Maßregel im Verhältnis steht zur Schwere des begangenen Fehlers. Wenn nicht, so müßte selbst dann noch eine derartige Sperremaßregel als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet werden. So hat auch seinerzeit das Essener Amtsgericht in Sachen der von den Bedenkenbesitzern wegen Kontraktbruch verhängten Sperre entschieden.

Eine Gaukonferenz des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes (Gaulinker Niederrhein) fand am 3. März in M.-Gladbach statt. Nach einem Bericht der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“ (Nr. 55, 6. März) war die Stimmung auf dieser Konferenz herzlich schlecht. Der Gauleiter Brügge-mann mußte nichts Besseres zu tun, als zu klagen über die Uneinigkeit in den eigenen Reihen, über die Laune und Gleichgültigkeit vieler Mitglieder.

treise und über die — Schlechtigkeit der Christlichen. Der Bericht dieses Gauleiters stellt einen förmlichen Rattenkönig von Entstellungen und Widersprüchen dar. Zunächst verzapft er die Weisheit, daß durch das Verschulden des christlichen Verbandes die Textilarbeiter dauernd verhindert werden, im Bezirke erhebliche Vorteile bei Lohnbewegungen herauszuschlagen. Insbesondere sei das in Aachen und M.-Glabbach der Fall. Dabei vergaß es aber der gute Mann, anzuführen, daß der „deutsche“ Verband wohl keinen Bezirk aufweisen kann, wo er ähnlich große Erfolge zu verzeichnen hat, wie wir im allgemeinen in diesen Bezirken. Gleich hinterher behauptet er aber auch, daß in den ländlichen Orten die Erfolge viel größer seien, als beispielsweise in Krefeld. In den ländlichen Orten hat der „deutsche“ Verband erst recht nichts zu sagen. Da kann es also mit dem „Verschulden der Christlichen“ wohl nicht so weit her sein, Herr Brüggemann.

Es ist überhaupt köstlich, welche ungereimtes Zeug sich dieser Mann zusammengeredet hat. Einmal soll in M.-Glabbach und Aachen der christliche Verband verschuldet haben, daß bei Lohnbewegungen für die Textilarbeiter nicht viel herauszuschlagen gewesen sei. Bald darauf behauptet aber dieser sonderbare Berichterstatter, daß in M.-Glabbach und Aachen die Konjunktur so schlecht war. In Krefeld sei eine bessere Konjunktur gewesen, da wäre aber ein größerer Erfolg verhindert worden durch die Uneinigkeit innerhalb der Reihen des eigenen Verbandes. Brüggemann jammert darüber, „daß trotz der Lohnverhältnisse im Bezirke die Mitglieder so niedrige Beiträge bezahlten“. Da muß es doch mit den Lohnverhältnissen in diesen christlichen Domänen besser ausgehen, als in den Bezirken, wo der „deutsche“ Verband herrscht. Auch das wirft kein schlechtes Licht auf die Tätigkeit des christlichen Verbandes.

Während ist die Konferenz über den Beschluß unserer M.-Glabbacher Ortsgruppe, mit dem „deutschen“ Verband keine gemeinsamen Versammlungen mehr abzuhalten. Wir können die Stimmung der Leute ja recht gut verstehen, aber das berechtigt doch nicht zu der unwarren Behauptung, ein Mitglied unseres Verbandes habe 80 Unterschriften aus den Kreisen unserer Mitglieder gesammelt, die sich gegen diesen Beschluß ausgesprochen hätten. Uns und unseren M.-Glabbacher Kollegen ist davon nichts bekannt.

Die Konferenz nahm eine Resolution an, worin es unter Punkt eins heißt, der „deutsche“ Verband betrachte es „als seine erste Pflicht, dahin zu streben, günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erstreben“. Wir halten mit den Konferenzteilnehmern diese Feststellung für sehr zweckmäßig und notwendig. Denn aus der ganzen Wirksamkeit des „deutschen“ Verbandes in den letzten Jahren muß man die Urfassung bekommen, als betrachte er es als seine „erste Pflicht“, den christlichen Textilarbeiterverband und seine Führer zu bekämpfen und zu verleumden, die Textilarbeiter zu verhexen und sie für den Sozialismus zu erziehen. Wenn sich jetzt der „deutsche“ Verband auf seine erste Pflicht besinnt, dann ist das sehr erfreulich, und wir gestatten uns den Rat, nunmehr in Sachsen-Thüringen, in Brandenburg usw. mit der Ausführung dieser „ersten Pflicht“ zu beginnen.

Hirsch-Dundersche „Neutralität“. Der in Liegnitz-Striegau gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Feldmann hat nachher an seine linksliberalen Wahlbeisitzer eine öffentliche Dankagung erlassen („Proletarier“ Nr. 9 vom 31. Januar 1912), worin es u. a. heißt:

„Besonderen Dank hatte ich auch ab dem freisinnig-bürgerlichen Wahlausschuß, . . . dem Vorstande des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, . . . überhaupt allen denen, die durch Herausgabe unzweideutiger Stichwahlparolen und Aufrufe zu dem Sturz des schwarz-blauen Blodes beigetragen haben.“

Die angeblich neutralen Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben demgemäß durch eine „unzweideutige Stichwahlparole“ dem Sozialisten zum Siege verholfen. Eine nette Neutralität!

Zum Gewerkschaftsstreite in Holland. Bekanntlich tobt in Holland schon seit Jahren der Streit um die Organisationsform und den grundsätzlichen Charakter der christlichen Gewerkschaften. Die holländischen Bischöfe haben sich vor kurzer Zeit noch für die konfessionellen Gewerkschaftsverbände ausgesprochen, allerdings für einige Gebiete Ausnahmen von der Regel zugelassen. Der holländische Episkopat wird beeinflusst von einer kleinen Gruppe von starken Leuten, die eine Zersplitterung der Kräfte der gläubigen gesinneten für gut und zweckmäßig halten. Anstatt zu erkennen, daß auf dem gewerkschaftlichen Boden ein Zusammengehen und Zusammenstreben von gläubigen Protestanten und Katholiken notwendig ist, um eine schlagkräftige Organisation sowohl gegenüber den organisierten und kapitalkräftigen Unternehmern und gegenüber der geschlossenen Sozialdemokratie zu erreichen, treiben diese Leute immer wieder den Keil der Zwietracht in die Arbeiterchaft, zur Freude der Unternehmer und zum Vorteile der Genossen. Wie jammert es dabei in manchen katholischen Gewerkschaftsorganisationen auszieht, zeigt folgender Notizbrief, den der Vorsitzende des holländischen katholischen Diamantarbeiterverbandes kürzlich in den Organen seines Verbandes ausließ. Dieser Zentralvorsitzende schreibt da über seine eigene Organisation:

„Ich glaube, daß es ein großer britischer Staatsmann gewesen ist, der mal ausgerufen hat: „In unserer Isolierung liegt unsere Macht“. Aber Englands Macht und Kraft steht in einem ungünstigeren Verhältnis zu den anderen Staaten von Europa, als unsere Organisation — um bei dem Wilde zu bleiben — gegenüber dem „Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiterbunde“ (A. N. D. B.). So klein wie wir sind, liegt der Ruf von der Isolierung ebenso lächerlich, als wenn in unserem niederländischen Parlament ein Staatsmann denselben Ausruf des Ministers von Großbritannien tun würde. Die Begründung dafür, daß wir in unserer Isolierung unsere Kraft finden sollen, entbehrt durch aus jeder vernünftigen Grundlage. Wir müssen durch Zusammenarbeiten einen größeren Einfluß auf die Industrie zu erlangen versuchen. Wir müssen mehr das Augenmerk der Öffentlichkeit auf unsere Organisation lenken, auf unsere berechtigten Forderungen als christliche Organisation, gleichberechtigt anerkannt und behandelt zu werden in der Berufsbewegung. Wir müssen mehr nach außen hin arbeiten, bezeugen, daß Leben, daß Energie in unserer Organisation steckt. Wir dürfen uns nicht durch Schweigen und durch Isolierung zu betätigen trachten. Und ist dieses Verhalten uns aufgedrungen worden, wir mögen es nicht dabei bewenden lassen.“

Es kann mir immer so leid tun, wenn ich hin und wieder in dem Fachorgan des A. N. D. B. lesen muß, daß dieses oder jenes Mitglied unserer katholischen Organisation zu jenem Bunde übergetreten ist, und jedesmal frage ich mich: Soll das nicht daher kommen, weil wir so wenig von uns hören lassen, weil nicht genügend Kraft von uns ausgeht? Wir müssen doch ehrlich bekennen, daß wir keine einzige Lohnerböschung oder andere Berufsfrage selbständig regeln können. Sind die vorhandenen Vorteile nicht stets durch Zusammenarbeiten erreicht worden? Und die Dauerhaftigkeit dieser Zustände, das Wachen darüber, daß keine Uebertretungen vorkommen, die Durchführung und Beachtung aller Beschlüsse, — liegt es nicht bei dem A. N. D. B.? Werden die Unkosten nicht getragen von der Kasse dieses Bundes? Pflichten auch wir nicht die Früchte von der Ueberwindung der Schwierigkeiten durch ihn? Ist es darum kein korrekter Standpunkt, wenn ich sage, wir müssen zusammen arbeiten. Was gibt uns unser Zurseitsstehen, der A. N. D. B. geht doch seiner Wege? Haben wir bei irgend etwas unseren Einfluß geltend machen können? Bei der Regelung des Bekleidungswezens? Bei der Einführung des Achtstundentages? Bei der Einteilung der Arbeitszeit? Bei Einführung von Ruhezeiten in den Fabriken? Bei der Festsetzung des Lohnminimums? Bei der Nichteinführung der fünfprozentigen Lohnerböschung, die für die Schneider bestimmt war? Nie und nirgends! Wir haben allen diesen Beschlüssen zu folgen, gewollt oder ungewollt. Und mögen wir auch wohl schwägen, wir wünschen nicht, an dem Seile des großen Bundes zu laufen, murren anfänglich wohl, tun es zum Schluß dennoch.“

So schreibt der Vorsitzende von seinem eigenen Verbande. Interessant ist dabei nun folgendes. Der Sekretär dieses erbärmlichen Organisationswesens und zugleich Redakteur des Fachblattes, gehört zu jener eingangs genannten Gruppe. Er ist ein fanatischer Anhänger der katholischen Organisationsform, läuft sich die Füße wund von einer Bischofswohnung in die andere, um die hohe Geistlichkeit gegen die christlich-interkonfessionellen Gewerkschaften einzunehmen. Die letzte Erklärung des holländischen Episkopates ist mit auf die Treibe reien dieses traurigen Sekretärs eines armseligen Verbändchens zurückzuführen. Man sollte meinen, daß es gerade diesem Menschen klar sein müsse, daß es eines entschiedenen Zusammenstehens aller gläubig gesinneten Arbeiterkreise bedarf, um gegen die sozialdemokratischen Verbände einen kräftigen Damm bauen zu können. Aber nein, er treibt die Kreise lieber auseinander, auf daß die Not recht stark werden können. Solche Leute sind von unserem Herrgott wirklich mit Blindheit geschlagen worden.

Bemerkenswert ist auch, daß diesem selben Sekretär kürzlich auf einer öffentlichen Tagung der katholischen Arbeiterbewegung von einem katholischen Geistlichen, Dr. Boels, angeraten wurde, er möchte nur etwas mehr Theologie studieren. Das habe er sehr nötig. Von einer hohen Wertschätzung der Leistungen des Mannes zeugt das auch nicht.

Gründliche Bestrafung eines Genossen. Der in Coesfeld wegen seines Radikalismus allenthalben bekannte Genosse Gremmler, Mitglied und Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes am Orte, hatte während und nach dem Kampfe im Münsterlande vorigen Jahres unsern Bezirksleiter, Kollegen Otte, in der größlichsten Weise beschimpft und beleidigt. Auf Drängen unserer

Textilzeugnisse im Haushalt.

I

Liebe Kollegin!

Wie aus Deinem letzten Briefe zu entnehmen ist, hast Du eine besondere Freude daran, wenn von der Größe und Vielseitigkeit der deutschen Textilindustrie die Rede ist. Das ist ein Zeichen, daß eben die organisierte Textilarbeiterin nicht gedankenlos Tag für Tag an der Maschine stehen will, daß sie nicht bloß der Produktionsgang der Ware, oder der eigenen Arbeit interessiert, sondern daß sie darüber hinaus auch einen Begriff davon haben will, wie mannigfaltig die Erzeugnisse sind, an denen die anderen Verbandskolleginnen mitarbeiten.

Kann können wir ja beide, Du so wenig als ich, eine große Anzahlung oder dergleichen bescheiden, um alle die Sachen und Sachen, welche die Textilindustrie herstellt oder für welche sie wenigstens das Grundmaterial gibt zu besichtigen. Ist aber auch gar nicht notwendig; denn was wir Verbandskolleginnen alle erarbeiten helfen und schaffen, das kann man in jedem Haushalt finden, in dem eines mehr, in dem andern weniger — aber nirgends und in keinem deutschen Haushalt kann man die verschiedensten Erzeugnisse unserer Industrie entdecken. Wenn Du nun Beweise für diese kühne Behauptung willst, so will ich sie Dir gerne erbringen; zudem will ich Dir, soweit möglich, die hauptsächlichsten Fabrikationsorte oder Bezirke angeben.

Vor langer Zeit habe ich mal ein Bild gesehen, welches die Webekunst in Darstellung und Poesie verherrlicht; in dem Gedicht hieß es, daß „Windel und auch Stempel ein Werk des Webers sei“. Dieses so erst stehende Wort spricht von der Bedeutung der Textilarbeit für die Bekleidung des Menschen, von der ersten Umhüllung angefangen bis zur letzten. Und gerade in dieser Beziehung gibt es in unserer deutschen Textilindustrie eine große Mannigfaltigkeit, zunächst in Wäsche, dann in Kleidung und allen Kleidungsartikeln. Kann wollen wir beide mal sehen, was man im deutschen Haushalt finden kann. Wir alle, auch die bescheidenste Arbeiterin und der schlichteste Arbeiter, brauchen zunächst Wäsche: Leib-, Bett- und Tischwäsche; die letztere vielleicht am wenigsten! Wäsche gibt es aber nicht nur in Baumwolle, sondern auch in Leinen; es gibt die beliebtesten Normalstücke und sogar Gegenstände aus Seide.

Die baumwollenen Stoffe werden vielfach in den Fabriken West- und Süddeutschlands hergestellt, dann in vielen Mitteldeutschlands, wo auch die sogenannte Frotteier- oder Badewäsche gewebt wird. Für Wäscheartikel aus Leinen kam als das hauptsächlichste Fabrikationsgebiet Schlesien in Betracht. Man darf da nur Namen der Städte: Landeshut, Neustadt und andere nennen; in Norddeutschland steht Violesfeld und Herjerd an erster Stelle.

Nun weißt Du es ja so gut wie ich, daß man in den allermeisten Arbeiterfamilien an die Beschaffung reinleinerer Wäsche nicht denkt — weil wir nicht in der Lage sind, das teure Leinen zu bezahlen; und so ist in unseren Haushaltungen Baumwollwäsche vorherrschend. Höchstens, daß sich einige Stücke Halbleinensachen darunter finden. Sehr viel Verwendung findet heute in Arbeiterkreisen die sogenannte Normalwäsche und -Unterzeuge. Weißt Du auch, wo diese Sachen hergestellt werden? Vor allem in Württemberg, wo viele Duzende Fabriken dieser Art bestehen, dann in Apolda, Neumünster. Es gibt allerdings auch Wäschegegenstände in Seide, doch diese werden wohl in den allerwenigsten Haushalten gefunden.

Nun schaffst man in der deutschen Textilindustrie aber noch vielerlei Wäscheartikel; zunächst Unterrockstoffe in allem möglichen Material: Baumwolle, Wolle und Tuch, Leinen und Seide — aus gewobenem und gewirktem Stoff. Als einer der hauptsächlichsten Fabrikationsorte soll hier Dresden in Betracht kommen. Die Wirkwaren überhaupt kann man heute auch bald in jedem Haushalt finden. Hierher gehören die Erzeugnisse der Strumpfwarenindustrie, die heute das Menschenmögliche leistet, vom einfachsten Baumwoll- bis zum feinsten Seidenstrumpf; auch Unterzeug und Untertailen, sowie Sportartikel werden für Männer sowohl als Frauen und besonders für Kinder gestrickt. Für diese Arbeit bezeichne ich Dir die Orte Chemnitz, Dresden und Hohenstein-Stratthal in Sachsen, dann Apolda-Thür. und Berlin; dergleichen sind Betriebe dieser Art in Westfalen und besonders in Stuttgart (Württemberg). In diese Rubrik gehören auch die heute viel gebrauchten Fragenschoner aus vielerlei Material, besonders aber aus Kunstseide. Ein für die Textilindustrie bedeutender Wäscheartikel sind dann die Strawatten, besonders die für Herren. Gibt es doch in Krefeld Fabriken, wo speziell Strawattenstoffe gearbeitet werden, sowohl in echter, als auch in Kunstseide. Kann nenne ich noch einen speziellen Wäscheartikel für Damen, das Korsett. Die großen Materialumerschiede

hierfür vom einfachen Drell und dünnen Fischgratbarchent angefangen, bis zu den gestreiften und gemusterten und geblühten Jacquardstoffen, ermöglichen es der Textilindustrie, mit diesem Artikel auch fast in jedem Haushalt Geschäft zu machen.

Nun, liebe Kollegin, wollen wir sehen, wie es mit den Kleidern steht. Wenn wir wieder mit dem uns bekanntesten anfangen, dann kommt zur Beschaffung unserer Alltagskleider zunächst die Baumwollwollweberei in Frage. Fast jeder Textilbezirk Deutschlands hat eine oder mehrere dieser Art; so Westfalen, Bayern, Baden. Und in jedem Haushalt sind die Erzeugnisse der Wollweberei, teils in Kleidungsstücken, teils in Wäsche und besonders Schürzen, vorrätig. Das Nächstliegende sind Sachen aus Halbwolle; Kinderkleidchen, Blusen, usw. werden häufig aus diesem Material hergestellt. Die Sonntagkleider hingegen wüßte ich jede Arbeiterin aus Wolle gearbeitet. Diese Stoffe, auch wohl die aus Halbwolle werden vorwiegend in der sächsischen Textilindustrie hergestellt. Der Orte sind zu viele, um diese alle anzuführen. Ebenso verhält es sich mit der deutschen Tuchindustrie; als Hauptgebiet derselben sei vorweg Aachen genannt, dann wiederum Sachsen mit der Oberlausitz, mit Forst und Spremberg! Anzüge und Mäntel, Jacken und Umhänge werden aus dem verschiedenartigen Material gefertigt und überall benötigt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Dich bitten, Dir bei Bedarf nur Kleidungsstücke und Tuch deutscher Herkunft zu kaufen. Was nicht in jedem Hause unbedingt notwendig und zu finden ist, das sind Kleidungsstücke aus Seide und Samt. Als Herstellungsorte nenne ich Dir hier nur Krefeld und Bieren; auch gibt es noch Fabriken in Sachsen.

Mit dem Stoff ist aber bekanntlich noch nicht alles getan. Du weißt, daß man fast zu jedem Wäsche- und Kleidungsstück irgend einen Besatzartikel bedarf. Wenn Du mal bei Deinen Sachen nachsiehst, wirst Du es bestätigt finden. Nehmen wir zunächst die Wäschebesätze, als da sind: Spitzen und Börtchen, Bänder und Rigen. Als hauptsächlichste und weltbekannteste Textillorte darf man hier Eibersfeld und Barmen angeben, dann das Vogtland mit seinen Städten Plauen, Auerbach usw. Die Besätze für Oberkleider werden, in Seide und Samt, wieder in Krefeld gearbeitet; alles, was nicht Stoff und Band ist, wird in diesem Falle „Posamenten“ genannt. Sie schließen alles in sich, was unter dem Namen: Schußborden, Schnüren, Treffen, Quastern

Goesfelder Kollegen klagte Kollege Otte am Goesfelder Schöffengericht gegen den Genossen auf Beleidigung. Nach mehreren Verhandlungen wurde vor 14 Tagen das Urteil gefällt.

Und zwar wurde Gremmler zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Nichtbeitragsfalle hat er für je 5 Mark einen Tag im Kasten zu sitzen. Ferner hat der Genosse die ganzen Kosten zu tragen. Dem Kollegen Otte wurde die Bekanntgabe des Urteils in einigen Zeitungen freigegeben.

Eine bittere Lehre für alle sozialdemokratischen Beleidiger und Verleumder.

Außerordentlicher Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. Circa 100 Genossenschaften hatten mehr als 300 Vertreter zu dem am 10. März in Düsseldorf stattgefundenen außerordentlichen Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine entsandt.

- Die vorliegende Tagesordnung lautete: 1. Gründung der Großverkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine; 2. Stellungnahme zum vorliegenden Einkommensteuergesetz-Entwurf; 3. Gemeinamer Einkauf; 4. Verschiedenes.

Zu Punkt eins legte der Vorsitzende, Herr Schlad, die Gründe dar, die es notwendig erscheinen lassen, an Stelle der von der Bezugskommission des Verbandes rheinl. landw. Genossenschaften in Bonn eingerichteten Abteilung für Kolonialwaren nunmehr eine eigene Bezugszentrale zu schaffen. Die sich anschließende rege Aussprache zeitigte den einstimmigen Beschluß der Gründung der Großverkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine, deren Sitz voraussichtlich Köln sein wird.

Zu Punkt zwei fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Der am Sonntag, den 10. März, in Düsseldorf tagende außerordentliche Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine, der von circa 100 Konsumvereinen von Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau besucht ist, protestiert entschieden gegen die nach dem vorliegenden Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes geplante weitere Ausnahmesteuerung der Konsumvereine.“

Der Konsumverein unterlegt als einzige Genossenschaftsart der Einkommensteuerpflicht, was als eine Ausnahmestimmung gegen die Organisation der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten angesehen werden muß. 75 Vereine des Verbandes westdeutscher Konsumvereine hatten im Jahre 1910 bereits rund 60000 M. an Steuern zu zahlen. Hinzu kommt, daß § 8 des Gewerbesteuergesetzes und § 5 des Warenhaussteuergesetzes den Konsumvereinen Vergünstigungen vorenthalten, die dem Privathandel eingeräumt werden. Unter Berufung auf die national-ökonomische Wissenschaft und die Rechtspflege, die auf dem Standpunkte stehen, daß das Wesen der Konsumvereine die vollständige Steuerfreiheit rechtfertigt, lehnen die anwesenden Vertreter eine weitere Ausnahmesteuerung, wie die geplante Besteuerung der im Statut festgelegten Rabattguthaben sie darstellt, entschieden ab. Diese Rabattguthaben bedeuten eine Verbindlichkeit des

Vereins den Mitgliedern gegenüber und verlieren damit jeden ihre Steuerpflicht rechtfertigenden Charakter. Auf Grund der Lebensgleichheit des Rabatts im Rabattparverein, des Privatrabatts und desjenigen im Konsumverein, erscheint eine einseitige Besteuerung nur des Letzteren durchaus ungerecht, weshalb die Anwesenden ergebnislos bitten, dem Entwurf in der vorliegenden Form die Zustimmung versagen zu wollen, dies umso mehr, als mit der Erhebung desselben zum Gesetz eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung derjenigen Kreise verbunden ist, die in der Hauptsache die Kosten der Reichsfinanzreform zu tragen haben.“

Außerdem wurde hinsichtlich der am 3. März in Köln stattgefundenen Protestversammlung des Mittelstandes, in der bekanntlich Stellung gegen die Tagung der neutralen Konsumvereine des Kölner Bezirks am 24. Februar in Köln genommen wurde, folgende Resolution angenommen:

„Der Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine am 10. März in Düsseldorf protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die persönlichen Verunglimpfungen der Versammlung der Mittelstandsvereinigungen am 3. März in Köln. Der Genossenschaftstag lehnt es ab, auf das Niveau der genannten Versammlung herunter zu steigen. Das unfauliche Vorgehen derselben beweist, wie wenig sachliche Gründe die Stellungnahme des Mittelstandes zur Konsumgenossenschaftsbewegung beeinflussen. Der Genossenschaftstag weist die Unterstellung, als ob der Zweck der am 24. Febr. in Köln stattgefundenen Protestversammlung der Konsumvereine „die Hebe“ und „das Hineintragen des Klassenkampfes auch in die bürgerlichen Kreise“ gewesen sei, als eine nichtswürdige Verdächtigung entschieden zurück, indem die im Verband westdeutscher Konsumvereine organisierten Genossenschaften sich die Wahrnehmung der Konsumenten-Interessen aller Kreise zur Aufgabe gestellt haben.“

Der Nachmittag war dem gemeinschaftlichen Einkauf gewidmet, wozu von zahlreichen Firmen geschmackvolle Ausstellungen gemacht waren. Es wurde fleißig gekauft. Die Verhandlungen nahmen gegen 6 Uhr ihr Ende.

Rüstungsaufwendungen der wichtigsten Kulturstaaten. Mit Rücksicht auf die neuen Heeresverstärkungen, die demnächst den deutschen Reichstag beschäftigen werden, ist eine Uebersicht darüber von Interesse, welche Aufwendungen die einzelnen Kulturstaaten für ihre Verteidigung zu Wasser und zu Lande machen.

Kein national gestimmter und vernünftig denkender Arbeiter wird für Deutschland die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verteidigungsmacht zu Wasser und zu Lande ablehnen wollen. Es ist ja geradezu ein toller Standpunkt, den der zweite Zentralvorsitzende des deutschen Textilarbeiterverbandes, Köffel, mal in einer Versammlung in Mühlhausen i. S. vertrat, wo er sagte:

„Wenn der deutsche Handel nicht ohne Flotte auskommen kann, mag er zugrunde gehen.“

Die Ausgaben, die für unsere Kriegsmacht ausgegeben wurden, sind notwendig im Interesse des ganzen Volkes bis herunter zu den letzten Arbeiterschichten. Ja, die Arbeiterschaft ist besonders stark an einer kräftigen Wehrmacht interessiert, denn ein Rückschlag im Wirtschaftsleben trifft gerade den Arbeiterstand durch Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit am schärfsten und zwingt eventuell Hunderttausende zur Auswanderung. Die Verteidigungsausgaben stellen sich gewissermaßen dar als eine Versicherungsprämie für unsere nationale Güterwirtschaft. Wie die Versicherungsprämie im Privathaus halt größer wird, je mehr sich der betreffende Betrieb ausdehnt, so werden auch die Verteidigungsausgaben bei wachsender Volkszahl und zunehmendem Nationalwohlstand normalerweise immer größer.

Doch brauchen wir Deutschen noch lange nicht zu verzweifeln. Deutschland ist ja hinsichtlich seiner Verteidigung in einer eigenartigen Lage. Es ist nicht durch natürliche Grenzen gesichert, wie etwa die Schweiz durch hohe Berge oder noch mehr England durch das Meer. Im Herzen von Europa gelegen, ist es von allen Seiten von großen Nationen umgeben, es kann von Westen und Osten und von der Seeherseite auch von Norden her angefallen werden. Man braucht bloß an die Vorgänge bei den Marokkoverhandlungen zu erinnern, um zu erkennen, wie sehr wir von Feinden rings umgeben sind. Die Folge davon ist, daß wir sowohl über ein starkes Heer als auch über eine entsprechende Flotte verfügen müssen. Dennoch aber sind die Verteidigungsausgaben Frankreichs und Englands höher als die Deutschlands, wenn man sie in richtiger Beziehung zur Volkszahl setzt. Wie groß der Aufwand für Heer und Flotte war, den die wichtigsten Staaten im Jahre 1911 machten, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen:

Aufwand der Großmächte für die Landesverteidigung im Jahre 1911.

Table with 6 columns: Land, Bevölkerung in Mill., Army, Navy, Army and Navy total. Rows include Deutschland, England, Frankreich, Oesterr.-Ung., Rußland, Ver. Staaten, Japan.

Betrachtet man die absoluten Zahlen für 1911, so steht der deutsche Rüstungsaufwand um 200 Millionen hinter dem englischen zurück und ist sogar noch etwas kleiner als derjenige Rußlands. Eine Vergleichung der Belastung mit Rüstungsausgaben aber muß die Größe des jeweiligen Volkes mit berücksichtigen. Dann ergibt sich, daß England 32,1, Frankreich 26,5 und Deutschland 19,2 M. pro Kopf seiner Bevölkerung an Verteidigungsausgaben aufwendet. Deutschlands Heeresaufwand steht also durchaus nicht am höchsten in der Welt. Dabei sei

noch darauf verwiesen, daß England das von den Genossen wegen seiner Billigkeit über den grünen Klee gelobte sogenannte Militärsystem hat.

Werkemeister und gelbe Bewegung. Unter den Unterzeichnern des Aufrufes zur Förderung gelb-nationaler Arbeitervereine, der im Sommer 1910 von zahlreichen Politikern, Reichsverbandsmännern und industriellen Interessenvertretern veröffentlicht wurde, befand sich auch ein führendes Mitglied des Deutschen Werkemeister-Verbandes. Und noch heute stehen, soweit das bekannt geworden, in einzelnen Zentren der gelben Bewegung (Berlin, Augsburg, Ruhrbezirk) Dutzende von Werkemeistern, darunter sogar organisierte Mitglieder des Werkemeister-Verbandes, im Lager der Gelben, obgleich inwieweit der Charakter dieser neuen Vereinigungen deutlicher offenbar geworden ist.

Nun bringt die „Werkemeister-Zeitung“ (Nr. 10. vom 8. März), das Organ des Deutschen Werkemeister-Verbandes, aus der Feder des Herrn Dr. Wald. Zimmermann einen Artikel, der das Wesen der gelben Bewegung gründlich kennzeichnet und die Werkemeister und Privatbeamten entschieden davor warnt, sich vor den Wagen der „Gelben“ spannen zu lassen. Sie hätten im Gegenteil ein großes Interesse an der Förderung einer selbstständigen Berufsorganisationsbewegung, die für die Arbeiter die Gewerkschaften sei.

„Die gelbe Arbeiterbewegung ist in kleinem Umfange eine harmlose Gründung jener Klugen, die andere für sich die Kaskanien aus dem Feuer holen lassen, sich dabei selbst die Feuerversicherungsprämie ersparen und obenrein über die wüsten Manieren der Kameraden, die sich ins Feuer wagen und dabei nicht glimpflich zupacken, ja auch oft Haare dort lassen müssen, sittlich entrüsten. Soweit die gelbe Arbeiterbewegung eine Reaktion gegen übertriebene Klassenkämpflichkeit, gegen Radikalismus, Streikhuberei und Organisationssterrorismus ist, hat sie als warnendes Symptom sogar eine gewisse Berechtigung, obgleich die Subventionierung der gelben Arbeitnehmervereinigungen durch die Arbeitgeber ihre moralische Wirkung wieder verflüchtigt. Sofern die gelbe Arbeiterschaft aber sich als Sturmbock zur Schwächung der unabhängigen Koalitionsbestrebungen der Arbeitnehmer mißbrauchen läßt und ihre stärkere Entwicklung an einer Plage die Folge hat, daß die Arbeitgeber nunmehr den Industriearbeitern und -beamten offen das freie Selbstbestimmungs- und Koalitionsrecht glauben nehmen zu können, da drohen der geüblichen Entfaltung der Arbeitnehmerinteressen, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch in absehbarer Zeit Gefahren, und zwar nicht bloß den unabhängig organisierten, sondern auch den gelben Arbeitnehmern selbst, und sie werden — vielleicht schon zu spät — erkennen, daß sie das soziale Erstgeburtsgericht, das Recht der unabhängigen, selbstständigen Organisation für ein Linsengericht verkauft haben.“

Dieses Vorgehen der Werkemeister-Zeitung gegen die gelbe Bewegung ist sehr erfreulich und in hohem Maße geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zur Werkeisterschaft zu bessern. Denn es liegt doch auch sowohl im Interesse selbst als des ganzen Betriebes, daß sich gewerkschaftliche Arbeiterschaft und Werkemeister nicht wie Fähe und Hund gegenüber stehen. Wer von Fabrikverhältnissen etwas versteht, wird wissen, wie sehr viel von einem guten Verhältnis zwischen Meister und Arbeitern abhängt.

Der Wind fäet...! Die innerliche Zerkleinerung geht innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung weiter vor sich. Auflehnung der radikalisierten Mitglieder gegen rechtmäßig gefaßte Beschlüsse, gegen die Verbandsinstanzen und namentlich gegen die Verbandsführer ist so häufig, daß selbst das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften unlängst ein bitteres Klagegedicht darüber anstimmen mußte.

Kürzlich kam es auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes der Buch- und Stein-druckereiarbeiter und -Arbeiterinnen wieder zum Bruch. Die Verbandsleitung hatte einen Tarifvertrag angenommen, nachdem sie auf den Gausvorsteherkonferenzen und nach Sammlung der Wünsche aus den einzelnen Verbänden die zusage Stimmung der Mitglieder gehört hatte. Der Tarif paßte nicht in den Kram des Radikalismus der Berliner Ortsgruppe. Die Verbandsvorsitzende Liebe berichtet auf der Generalversammlung darüber:

„Mit dem Resultat der Tarifamtsverhandlung beschäftigte sich dann sofort eine sehr stürmische Vertrauenspersonifikation und danach eine von 3000 Personen besuchte stürmische Mitgliederversammlung der Berliner. Die sachlichen Ausführungen des Vorstandes wurden stellenweise niedergeschrien, und schließlich wurde eine Resolution aus der Mitte der Versammlung angenommen, die dem Vorstand das Recht abspricht, selbstständig einen Tarif abzuschließen, und weiter ausspricht, daß die Berliner Filiale, solange die Abführung der Beiträge an den Hauptvorstand verweigert, bis eine Generalversammlung des Gesamtverbandes über den Streitfall eine Entscheidung getroffen hat.“

Auch auf der Generalversammlung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, bis es der Zentralleitung nach langem Bohren und Würgen gelang, die Leute zur Annahme einer Vertrauensresolution zu bewegen. — Wir sehen auch in diesem Falle die Folge, der sozialdemokratischen Erziehung.

Die Stellung französischer Sozialdemokraten zur Alkoholfrage. Ein kürzlich der französischen Kammer vorgelegener Gesetzentwurf bezweckte durch Verminderung der Wirtschaften den Alkoholkonsum

Soutache, Franssen, Vordüren, Besätze in Spitzen und Stickerei, sowie Gold- und Silbergespinne genannt wird. Mit der Herstellung vorgenannter Artikel ist ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Textilarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt und zwar wiederum in Barmen und Elberfeld und besonders auch im sächsischen Erzgebirge.

Die Fabrikation von äußeren Besätzen läßt mich noch auf einen anderen Fabrikationszweig unserer Industrie kommen, auf denjenigen, der die innern Besätze liefert. Du wirst schon ungläubig fragen: Was soll denn das sein? Ich will deshalb gleich den Namen ändern und von dem gebräuchlichen Worte „Futter“ zu Dir sprechen; dazu will ich bemerken, daß es sowohl für Herren- als Frauenkleider riesige Unterschiede in der Qualität gibt. Futterstoffe können je nach ihrer Verwendung aus Baumwolle oder Wolle, aus Halbseide oder Seide sein und sogar — Kopfhautstoffe — werden verwendet, um Anzüge und dergleichen möglichst vorteilhaft erscheinen zu lassen. Vielleicht ist Dir auch das sogenannte Schneiderein, zumeist aus Jute gearbeitet, bekannt. Diese speziellen Artikel werden in Breslau-Anrath, Berlin und anderen Orten in Seide, im übrigen Material vielfach in Sachsen und teilweise im Rheinland gearbeitet.

Nun wären wir ja glücklich am fertigen Gegenstand gelangt, meißt Du, wir haben die Stoffreihe für Wäsche, für Wäscheartikel, für Kleider und eine große Kollektion von Besatz- und Futterartikeln durchgegangen. Nun, denkst Du, hat die Textilindustrie ihr möglichstes getan, jetzt kann die Näherin und der Schneider an die Reihe kommen. Aber gemach, liebt Kollegin, denn jetzt kann die Textilindustrie erst recht nicht ausgeschaltet werden, denn sie liefert nun das notwendige Bindemittel zur Verarbeitung, Nähgarne, Fäden und Seide! Die Nähfadensfabrikation ist bekannt durch zwei Werke: Schürer und den großen Göppinger Betrieb, beide in Bayern. In Baden sind viele Arbeiterinnen in Gütermann's Nähseidenfabrik und in einer solchen in Freiburg beschäftigt. Du wirst mir wohl recht geben, liebe Kollegin, wenn ich sage, daß die Erzeugnisse der Nähfadensfabriken mit zu den unentbehrlichsten der ganzen Textilindustrie gehören — denn ohne diese nähren die übrigen Stoffe nicht viel. Nun bitte ich, Dich bis nächstes Jahr zu schreiben, da erzähle ich Dir wieder etwas.

einzufrachten. Das hier zu wirklich Veranlassung vorliegt, zeigen die vom „Temps“, einer französischen Zeitung, veröffentlichten Ziffern. Diese besagen: Vor dem Gesetze von 1880, das die Ausschank-Freiheit einführt, gab es in Frankreich 354 000 Wirtschaften; heute sind es deren 480 000, eine auf je 80 Einwohner. Im Jahre 1860 betrug der Alkoholverbrauch 2,27 Liter auf den Kopf, im Jahre 1911 stieg er auf 4,15 Liter und in einzelnen Departements auf 11 und 12 Liter. Die Folgen liegen klar zu Tage: Im Jahre 1869 betrug die Zahl der Morde 135; heute beträgt sie 359. Im Jahre 1835 betrug die Zahl der Geisteskranken 11 000; heute beträgt sie 75 000; die Zahl der für untauglich erklärten Stellungs-pflichtigen ist in der Seine-Inférieure auf 30, in der Orne sogar auf 55 Prozent gestiegen.

Demgemäß meinte der „Temps“:

Der Abgeordnete Augagneur habe vollständig recht gehabt, als er sagte: „Der Alkoholismus ist eine Ursache des Ruins für unser Land; er ist eine Ursache der Abnahme der Geburtsziffer, die jedermann so sehr beklagt, aber nur in Worten, ohne jemals die Mittel anzuwenden, durch die man das Uebel heilen könnte. Der Alkoholismus ist eine mächtige Ursache der Verminderung des Widerstandes der Individuen, er ist vielleicht die gewaltigste Ursache des Elends überhaupt.“

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss verwiesen, und das bedeutet gemäß der Gepflogenheiten der französischen Kammer ein Begräbnis erster Klasse. Der „Temps“ sprach nun seine Verwunderung darüber aus, daß auch Sozialisten, wie z. B. Gunders und Sembat gemeinsam mit den Reaktionen und den Vertrauensmännern des Schnaps-handels den Gesetzentwurf begraben halfen. Darauf sandten zickla 30 (!!) Sozialisten dem „Temps“ eine Erklärung, die eine Rechtfertigung ihres Verhaltens bedeuten soll. Die Erklärung lautet:

1. Die Beschränkung der Wirtschaften hat keineswegs eine Einschränkung des Alkoholkonsums zur Folge, sie ist also machtlos gegen das Uebel des Alkoholismus, der ein Erzeugnis der kapitalistischen Gesellschaft ist und nur mit dieser verschwinden wird.

2. Die vorgeschlagene Reglementierung gibt der schlimmsten Willkür Raum, da die Wirtschaftskongressionen nach Gusto oder Befehle zur Verteilung kommen werden.

3. Die Eröffnung einer Wirtschaft ist für die Arbeiter, die ihre Pflicht als Sozialisten oder Gewerkschaftler getan haben, sehr oft die einzige Zuflucht vor der Gewaltherrschaft der Arbeitgeber, und wir Sozialisten, die wir die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter betreiben, können ihnen unmöglich diese letzte Waffe rauben lassen. Und indem wir uns weigern, in dem Kampfe, der sich dem Proletariat zu seiner und der Menschheit Befreiung aufdrängt, unsere Kämpfer entwaffnen zu lassen, sind wir uns bewußt, gegen den Alkohol den einzigen Kampf zu führen, der kein Schwimbel ist, da der Alkoholismus, wir wiederholen es, mit allem Elend erst in einer Gesellschaft verschwinden wird, in der die Wohlfahrt, die Frucht der befreiten Arbeit, für alle erfließen wird.

Die unter Punkt 1 aufgestellten Behauptungen widerlegt der „Temps“ nun mit folgenden Zahlen: Er stellte fest, daß infolge der Einschränkung der Wirtschaften der Alkoholverbrauch in Holland (1882 bis 1905) von 4,71 auf 3,73 Liter per Kopf, in Italien (1886 bis 1905) von 1,25 auf 0,76, in der Schweiz noch vor dem Abstinenzverbot (1893 bis 1906) von 3,19 auf 1,95, in Schweden (1880 bis 1905) von 5,05 auf 3,55, in Norwegen (1876 bis 1905) von 3,35 auf 1,93 Liter per Kopf gefallen ist; da könne man doch unmöglich behaupten, daß die Einschränkung der Wirtschaften nichts nütze.

Interessant sind vor allem die unter 3. angeführten Argumente. Mit der Stärke und den Finanzverhältnissen der französischen sozialistischen Gewerkschaften, wie auch mit dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiter müßte es nicht glänzend bestellt sein, wenn die Übernahme einer Wirtschaft die einzige Zuflucht des gemäßigten Kollegen sein soll. Außerdem eröffnet ein derartiger Standpunkt ganz sonderbare Perspektiven. Hat der gemäßigte Arbeiter die Wirtschaft übernommen, so gebietet auch schließlich das Solidaritätsgefühl seinen Kollegen, nur möglichst viel Alkohol bei ihm zu konsumieren, um seine Existenz zu sichern. Das bedeutet also eine direkte Förderung des Alkoholgenusses. Demgemäß bezeichnete auch auf dem Räte Februarstatgefundenen französischen Parteitag der Sozialdemokratie ein Vertreter das Argument, daß Gemäßigtere oft eine Erläuterung im Alkoholverkleidung finden, mit Recht als kläglich. Gemäßigtere, so meinte der Betreffende, sollen an die Solidarität der Arbeiter appellieren, nicht das Werk des Kapitalismus jenseits fortsetzen ab ihren Kameraden Gift verkaufen. Ein anderer Delegierter meinte: „In ganz Europa reglementiert man den Alkoholverkauf, bei uns hingegen sozialistische Deputierte gegen die Beschränkung und schweigen auch über andere Mittel der Bekämpfung des Alkoholismus. Der Grund ist die Furcht vor dem Vubiler, dem einflußreichen Wähler.“ Der Raum, so scheint uns, hat den Nagel auf den Kopf getroffen.

Aus unserer Industrie.

Der Streik in England und die vogl. Stiderei- und Spizenindustrie.

Das Geschäft unserer Stiderei- und Spizenfabrikanen mit England und Schottland, schreibt Otto Tröger in der „Neuen Vogl-Zeitung“, liegt schon seit einigen Jahren besonders ungunstig, und es ist sehr die Frage, ob es jemals seine frühere Bedeutung erlangen wird. Die Gründe des Rückganges dieses auch vor wenigen Jahren blühenden Exportes sind schon öfters dargelegt worden, sie heißen: Auswurf der Mode seit 1908, Ueberfüllung des englischen Marktes mit billiger Ramsch- und Schundware, wie sie die zahlreichen Ramscher und

Ramscherfabrikanen in großen Massen hinüberwerfen und nicht zuletzt das Erstarken der Fabrikation geflickter Spizen in England selbst. Es werden eben in neuerer Zeit immer mehr Stidmaschinen nach Nottingham und Umgegend eingeführt, deren Erzeugnisse in Wettbewerb mit den vogländischen auf dem englischen Markte treten.

Noch verhältnismäßig günstig war in den letzten Jahren der Absatz von fertigen konfektionierten Spizen und Stiderei-Artikeln, als da sind Kragen, Jabots, Schleifen, Fichus, Schals u. a. m., umsoweniger befriedigend aber erwies sich das Geschäft in Meterwaren. Als im vergangenen Sommer Frau Mode die Erzeugnisse der Stiderei- und Spizenindustrie in entschiedener Weise zur Ausschmückung der Frauenkleidung begünstigte, besonders in feinen und feinsten Qualitäten, glaubte man, daß auch für das englische Geschäft wieder bessere Zeiten angebrochen seien. Aber diese Hoffnung erfüllte sich nur zum allerkleinsten Teile, als die englischen Einkäufer im vergangenen Herbst auf dem hiesigen Markte erschienen, um ihre Aufträge für die Frühjahrssaison 1912 zu erteilen. Während die Aufträge der Käufer aus allen anderen Ländern den Erwartungen entsprachen, welche die Fabrikanten gehegt hatten und ein Spiegelbild boten frischer Unternehmungslust und wiedererwachten Vertrauens zu den Spizen und Spizenartikeln, enttäuschten die Aufträge der englischen Käufer allgemein. Im Vogllande war man darüber nicht gram, denn die Stiderei- und Spizenindustrie war reichlich und überreichlich mit Aufträgen versehen und ein weiteres Mehr von Aufträgen hätte wilde Zustände herbeigeführt. Auch glaubte man, daß England, gezwungen durch die sich immer mehr entwickelnde Spizenmode, im zeitigen Frühjahr als starker Käufer auf dem hiesigen Markte auftreten werde. Durch den Riesenstreik der Kohlenbergleute ist jedoch diese Hoffnung auf ein bescheidenes Maß herabgeschraubt, wenn nicht ganz zerstört worden.

Das ganze Wirtschaftsleben, Handel und Wandel kommen, je länger dieser unheilvolle Streik zwischen Arbeit und Kapital anhält, zum Stillstand. Die Geschäftsreisenden, die sich auf Tour befinden, sind fast alle zurückgerufen worden, der Personen- und Güterverkehr ist stark eingeschränkt, Lebens- und Heizmittel steigen maßlos im Preise. Gerade jetzt ist die Zeit, wo unter normalen Verhältnissen das regste Geschäft sich in den Artikeln der Stiderei-, Spizen- und Fußbranche entwickelt. In den Großgeschäften Londons und Manchesters, in den Riesenlaufhäusern dieser Städte treffen sich in den Wochen vor Ostern die Einkäufer aus dem ganzen Reich und der Geschäftsverkehr ist oft kaum zu bewältigen, namentlich wenn milbes, sonniges Wetter die Saison begünstigt. Dies alles ist durch den Streik großenteils lahmgelegt und verschoben, bis wieder geordnete Verhältnisse eintreten werden. Manches dürfte einzuholen, vieles aber unwiederbringlich verloren sein und die Aufträge, die bei einem zeitigen und flott einsetzenden Frühjahrsgeschäft für die vogländische Industrie in Aussicht standen, dürften kaum erteilt werden, wenn der Streik sich noch lange hinzieht.

Die Preisbewegung der Textilrohstoffe.

Mehr als jede andere Industrie befindet sich das Textilgewerbe mit seinen einzelnen Zweigen in einer starken Abhängigkeit vom Rohstoffmarkt. Die Rentabilität des gesamten Gewerbes ist daher auch durch die jahrelang andauernde Verteuerung des Rohmaterials nicht wenig beeinträchtigt worden. Seit der Mitte des vorigen Jahres setzte jedoch eine Besserung der Lage des Rohstoffmarktes ein. Diese hat auch recht bedeutende Fortschritte gemacht, so daß bereits ein kräftiger Aufschwung der Textilindustrie zu beobachten ist. Ein Bild von der Bewegung der Baumwollpreise in den Januarmonaten der letzten fünf Jahre ergibt die nachstehende Zusammenstellung. In Bremen und Hamburg kostete ein Doppelzentner Baumwolle in den Januarmonaten der Jahre 1908 bis 1912 durchschnittlich in Mark:

	Jan. 1908	Jan. 1909	Jan. 1910	Jan. 1911	Jan. 1912
Bremen Waddling Upland	121,26	96,35	151,31	152,75	97,98
Hamburg New-Orleans Waddling	121,75	95,55	150,25	153,00	99,00

Gegen den Januar 1911 sind die Rohstoffpreise für Baumwolle ganz beträchtlich zurückgegangen. Nur im Januar 1909 wurden für einen Doppelzentner noch niedrigere Preise gezahlt. Auch die Rohstoffpreise für Wolle sind neuerdings wieder zurückgegangen. Die Bewegung der Preisnotierungen von Wolle pro Doppelzentner während der Januarmonate 1908 bis 1912 werden in der nachfolgenden Tabelle gespiegelt:

	Jan. 1908	Jan. 1909	Jan. 1910	Jan. 1911	Jan. 1912
Samung, La Plata zweifach	490,00	450,00	510,00	480,00	467,00
Samung, Austral etwas fehlerhaft	260,00	240,00	265,00	230,00	247,50

Die Leipziger Wollpreise zeigten für die in der Tabelle genannten Rohstoffmarkten größere Schwankungen. Gegen den Januar 1908 ergibt sich auch in diesem Zweige des Textilgewerbes ein Nachlassen des Rohstoffpreises. Freilich zogen die Notierungen für australische Samlinge gegen den Januar 1911 ziemlich stark an. Die höchsten Rohstoffpreise hatte der Januar 1910 aufzuweisen. Die größte Besserung der Lage des Rohstoffmarktes für Rohwolle zeigte sich im Januar 1910. Trotz der abermals stattgefundenen Preiserschöpfung für Rohwolle bleiben die Notierungen für RoF-Markte hinter den Preisen von 1908 zurück. Rohwolle good I native-Markte ist dagegen im Preise gestiegen. Für diesen Zweig der Textilindustrie ergibt folgende Uebersicht die Bewegung der Rohstoffpreise für einen Doppelzentner auf dem Hamburger Markte durchschnittlich in Mark:

	Jan. 08	Jan. 09	Jan. 10	Jan. 11	Jan. 12
Hamburg, Rohwolle RoF	72,75	56,25	48,25	58,25	70,50
Hamburg, Rohwolle good I native	29,75	27,00	28,25	40,25	48,00

Um 10,25 M. ist also im Durchschnitt die Marke good I native gegen den Januar 1908 gestiegen. RoF hat trotz des Anziehens seit Januar 1910 gegen den gleichen Monat im Jahre 1908 im Preise um 2,25 M. pro Doppelzentner nachgelassen. Auch die Besserung der Lage des Krefelder Rohwollmarktes hat angehalten. Gegen den Januar 1908 ergeben sich erhebliche Abschwächungen des Preises für Rohwolle. Diese Bewegung kommt deutlich in der nachstehenden Zusammenstellung zum Ausdruck. Im Durchschnitt wurden für ein Kilogramm Rohwolle auf dem Krefelder Rohwollmarkt in den Januarmonaten der letzten fünf Jahre in Mark gezahlt:

	Jan. 08	Jan. 09	Jan. 10	Jan. 11	Jan. 12
Rohwolle, ital. Trame 24/26	47,00	43,00	43,00	42,00	40,00
" japan. " 34/40	43,00	43,00	40,00	42,00	38,00

Abgänge bayrischer Textilfabriken.

Die großen bayrischen Textilunternehmen haben im letzten Jahre ohne Ausnahme sehr schlecht abgeschnitten und teilweise sehr bedeutende Verluste zu verzeichnen gehabt.

Ueber diese Verluste gibt nachstehende Tabelle, in der die Ergebnisse von 19 der bedeutendsten bayrischen Textil-Etablissements zusammengestellt sind, am besten Aufschluß.

Baumwoll-Spinn- und Webereien	Aktienkapital	Betriebs-ergebnisse 1911		gegen 1910 mehr oder weniger
		Ueberschuß	Verlust	
1. Augsburg	4 500 000	—	1 190 321	-1 652 301
2. Hainstetten	1 542 857	—	75 247	- 163 289
3. Kaufbeuren	1 542 857	—	207 485	- 181 975
4. Kempten	1 800 000	—	70 255	- 112 402
5. Walschach	3 000 000	—	440 788	- 327 280
6. Bamberg	3 600 000	110 000	—	- 108 246
7. Bayreuth	1 660 000	132 982	—	- 175 100
Baumwoll-Spinnereien.				
1. Feinspinnerei, Augsburg	1 250 000	157	—	- 28 060
2. Gontelbach, "	1 000 000	—	84 963	- 25 889
3. Stadtbach, "	3 428 571	506 923	—	- 49 985
4. Wertach, "	600 000	—	130 515	- 135 713
5. Kolbermoor	2 000 000	25 726	—	- 163 373
Baumwoll-Webereien				
1. Fichtelbach, Augsburg	700 000	—	99 589	+ 61 038
2. Mühlbach, "	1 000 000	116 670	—	- 28 698
3. Fischen	257 142	—	23 102	- 62 523
4. Böschlingsweiler	542 857	—	54 883	- 89 738
	28 424 284	892 458	2 377 148	-3 243 640
Keiner Verlust: in Prozenten vom Aktienkapital:			1 484 690	
			5,22 pSt.	

Während das in diesen Betrieben angelegte Aktienkapital noch im Jahre 1909 eine durchschnittliche Verzinsung von 16,66 pSt., dann im Jahre 1910 eine solche von 6,18 pSt. erbrachte, ist das Resultat des Jahres 1911 ein harter Verlust von 5,22 pSt., also dem 20. Teil des Aktienkapitals.

Besserung in der Leinenindustrie.

Hauptsächlich infolge der unverhältnismäßig hohen Rohstoffpreise hat das deutsche Leinengewerbe im vergangenen Jahre keine guten Geschäfte machen können. Der Geschäftsgang lag ja im allgemeinen darnieder. Es zeigt sich nun, daß ein großer Teil der deutschen Spinnereien und Webereien hatte das vergangene Jahr mit Verlust abschließen müssen, da sie sich bei sehr hohen Rohstoffpreisen eingebett hatten und beim Verkauf entsprechende Fabrikatpreise nicht immer erzielen konnten. Jetzt suchen die Werke die alten Verluste wieder einzuholen, daher macht sich das Bestreben bemerkbar, den Betrieb möglichst auszuweiten und größere Aufträge zu erlangen. Die Spinnereien und Webereien in Deutschland sind hinreichend beschäftigt. Die Kontrakte laufen bis in das dritte Quartal, teilweise sollen einige Werke über Aufträge für das vierte Quartal verhandeln. Ueber den Absatz im Detailhandel wird nicht geflagt. In der letzten Zeit haben größere Verkaufshäuser die nach der Inventur üblichen „weißen Wochen“ veranstaltet, die sich auch eines größeren Zuspruches seitens des kaufenden Publikums erfreuten. Alte Bestände an Leinenwaren sind damit teilweise aufgeräumt und neue Quellen sind somit dem Absatz wieder erschlossen worden. Die Aussichten einer weiteren Entwicklung der Leinenindustrie dürften daher nicht ungünstig sein, wenn nicht die Preise den Konsum beeinträchtigen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgemeinden werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, den 30. März das I. Quartal 1912 zu Ende geht. Die Berichtarten (gelbe Quartalarten) müssen spätestens 4 Tage nach Schluß des Quartals, also spätestens am 3. April an die Zentrale abgehandelt werden.

Die Ortsgruppen-Vorstände werden dringend ersucht, ihrerseits dahin zu wirken, daß die Berichtserstattung bestimmt und zur richtigen Zeit erfolgt.

Die Zentralkasse.

Achtung, Vorstandsmitglieder!

Zur Jugendagitation.

Zur Agitation unter der Jugend stehen den Ortsgruppen die und gebiegene Jugend-Flugblätter

Zur Verfügung.

Die Vorstände werden gebeten, die Zahl der gewünschten Exemplare umgehend der Zentralkasse in Düsseldorf mitzuteilen.

Die Vorstandsmitglieder werden dringend ersucht, von diesen Flugblättern Gebrauch zu machen.

Der Zentralvorstand S. A.: Sistenich.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kollwag und der sozialdemokratische Magistratsrat und Redakteur Simon, beide in Augsburg, saßen am 16. Februar d. J. vor dem Augsburger Schöffengericht auf der Anklagebank.

Es war am 22. Oktober vorigen Jahres, wo ich in einer öffentlichen Versammlung in Hainstetten referierte. Als ich ungefähr sieben Viertelstunden gesprochen hatte, kam ein Mann herein, der sich durch unqualifizierbare Zwischenrufe bemerkbar machte.

Anders dagegen war die Sache mit dem Herrn Magistratsrat Simon, dem eine ganze Anzahl schwerer Beleidigungen gegen den betreffenden Arbeiter zur Last gelegt wurden.

Die Sozialzeitung in Augsburg hat zwei lange Artikel über diese Verhandlung veröffentlicht, um ihre Leser über die große Blamage hinwegzutäuschen.

Colmar. Im verfloffenen Monat hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, mit folgender Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Wahl der Kassenrevisoren, 4. Wahl der Kartelldelegierten.

an der äußersten Spitze des Deutschen Reiches, sind nach innen und außen gefestigt und stark. Wir sehen noch einigen Neuaufnahmen entgegen und haben qualitativ und quantitativ zugenommen.

M.-Glabach-Waldhausen. Als Einleitung für die studentischen heimatischen Unterrichtskurse während der Osterferien und auch als Einleitung für unsere diesjährige Hausagitation hatte der Vorstand der Ortsgruppe Waldhausen einen Familienabend veranstaltet.

Hinsbeck. Unsere Generalversammlung tagte am 20. Februar. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht des letzten Quartals erstattet hatte, gab der Kollege Hinz den Jahresbericht von 1911.

Kempten, im bayerischen Allgäu. Den Gebirgskindern ist ein schöner Frühlingstag eine willkommene Gelegenheit zur Erholung in Gottes freier Natur.

Der Lenz will kommen, der Winter ist aus: Drum rufen wir laut: Heraus, heraus! Heraus, ihr Schläfer, in Flur und Feld!

Leuth. Aus dem auf unserer Generalversammlung erstatteten Bericht des Kollegen Math. Houtgen ging hervor, daß sich die Zahl der Mitglieder unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre vermehrt hat.

welche 304 M. betrug, mußte zum größten Teile an Unterstützungen wieder ausbezahlt werden. Die Wiederwahl des Kassierers nebst Vertrauensleuten erfolgte einstimmig.

Schirgiswalde. Nachdem sich die Wogen des Wahlkampfes geglättet haben, können wir uns mehr der praktischen Gewerkschaftsarbeit widmen.

Stuttgart. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften Stuttgarts zählte am Ende des Jahres 1910 in 13 Zahlstellen 981 Mitglieder; am 31. Dezember 1911 dagegen in 18 Ortsvereinen 1105 Mitglieder.

Die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts haben im Jahre 1911 u. a. zu folgenden Fragen Stellung genommen: Gründung eines Vereins für soziale Wahlen, Arbeitslosenversicherung, Buchdruckerorganisationsfrage, Agitation unter den Straßenbahnern und Textilarbeiterinnen.

Der in der Zeit vom 1. Juli bis Ende September abgehaltene Unterrichtskurs war gut besucht; zur Teilnahme hatten sich 52 Mitglieder angemeldet.

Die Gewerkschaftsliteraturausstellung brachte einen schönen ideellen und materiellen Erfolg; sie war neben den Gewerkschaftsmitgliedern von 5 Abgeordneten, 31 Theologen, 5 Beamten der Gewerbeinspektion, 1 Pressevertreter, 8 Studenten und einer Reihe sonstiger Personen besucht.

Das Verhältnis zu den konfessionellen Ständen vereinen ist ganz besonders einzelnen Vereinen gegenüber ein recht gutes. Ausgehend von der Tatsache, daß die materielle Besserstellung die Voraussetzung für die kulturelle Hebung des Lohnarbeiterstandes ist.

Leider mußte im Berichtsjahr wiederholt gegen die Unterdrückungen, wie sie da und dort seitens sozialdemokratisch organisierter Arbeiter christlichen Gewerkschaftlern gegenüber vorgekommen sind, Front gemacht werden.

Für die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen kann es diesem Verhalten gegenüber nur das eine geben: mit Mut und Entschiedenheit den Standpunkt vertreten.

Die Geschäfte des Kartells wurden in sechs Ausschüssen, zwölf Delegiertenversammlungen erledigt; ferner wurden zwei allgemeine und zwei Vertrauensmännerversammlungen abgehalten.

Das Jahr 1911 war für die christliche Gewerkschaftsbewegung reich an Erfolgen, wie sich die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts überhaupt auf dem Weg zu einer guten Entwicklung befinden.

Weihenau b. Ravensburg. Dem guten Beispiel, welches die Ortsgruppe Weidenheim bezüglich Einführung der Lokalbeiträge gegeben hat, sind nun auch die Kollegen in Weihenau nachgefolgt.

Eine ergiebige Aussprache fand statt über die vorzunehmende Hausagitation. Es wurde allerseits eingesehen, daß für unsere Ortsgruppe noch ein großes Feld zur Ausbreitung vorhanden ist, es fehlt nur an der notwendigen Mitarbeit der Kollegen.

Die vorgenommenen Wahlen ergaben, daß der Kollege Johann Sauter zum Vorsitzenden, der Kollege Robert Walter zum Schriftführer gewählt wurde.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ärzte und Krankenkassen. Das „Reichsarb.-Blatt“ bringt in einer Statistik die Hauptergebnisse der Krankenversicherung von den Jahren 1908-1910. Hierbei spielen auch die Ausgaben für ärztliche Behandlung eine bedeutende Rolle.

Briefkasten.

B. A. in G. So viel wir erfahren konnten, haben die Schaffner bei der Bergischen Kleinbahn (Sib. Westigs) einen Anfangslohn von 3,10 M. pro Tag, er steigt dann in einem Zeitraum von 13 Jahre auf 4,00 M. Dazu werden einige Groschen Trinkgeld kommen, vielleicht 0,30-0,50 M. pro Tag.

Versammlungskalender.

- Amern-St. Georg. 21. März, 11 Uhr, bei Geschwister Kaspers.
Cottbus. 20. März, im evangel. Vereinshaus.
Dorabusch. 24. März, 1/27 Uhr, bei Wm. Gehnen.
Spe. 24. März, 4 Uhr, bei Georg Rade, öffentliche Versammlung.

Anrath. Sonntag, den 31. März 1912, nachmittags 6 Uhr, findet im Lokale des Herrn Joseph Hansen die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins „Eintracht“ statt.

Bilanz

des Allgemeinen Konsumvereins „Eintracht“ eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht zu Greifath am 31. Dezember 1911, für das Geschäftsjahr 1911.

Table with columns Aktiva and Passiva. Aktiva: Kassenbestand 219,92, Warenbestand 1982,41, Sparkasse Greifath 330,00, Inventar 172,02, Forderungen 358,89. Passiva: Warenschulden 388,96, Geschäftsguthaben der Mitglieder 938,58, Reservefonds 362,08, Besondere Rücklage 82,49, Wäcker- u. Mehrgerrabatt 304,04, Reingewinn 1021,74.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Joseph Altepast in Emsdetten. Gertrud Peters in M.-Gladbach. Joseph Sassen in Kempen. Nikolaus Mestert in Eupen. Frau Riering in Coesfeld. Alfons Süppinger in Mülhausen i. Els. Hermann Sackbrock in Gronau. Johann Lambrecht in Lambrecht. Stephan Radermacher in Eupen. Joseph Dresse I in Vaals. Bernhard Tenbrink in Bocholt. Johann Hüser in Greifath. Peter Weuthen in M.-Gladbach. Maria Bocks in M.-Gladbach. Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Liste der gewerblichen Gifte und anderer gesundheitsschädlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beschläffen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz, entworfen von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerberat Dr. H. Fischer.

Die Internationale Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirksame Gesetzgebung zu gebachten Zwecke aufbauen könnte.

Diese „Gifliste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der gewerblichen Gifte.

Diese „Gifliste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der gewerblichen Gifte.

den Frankenkassen, den Gewerbetzten, den Aufsichtsbearbeitern, den Betriebsleitern giftverwendender Betriebe, den Gewerbevereinen sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen.

Die Preisentwicklung seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts. Von Dr. A. Keybach, Freiburg i. B. (Sonderabdruck aus „Soziale Revue“ 1912, 1. Heft, Verlag München, Pestalozzistraße 4.) Preis 60 Pf.

Nach den Reichstagswahlen wird die Steuerungsfrage zwar nicht mehr in der politischen Tagespresse die gleiche Rolle wie bisher spielen; um so weniger wird sie aber aus der öffentlichen ernsten Diskussion ausscheiden dürfen.

Praktische Rat schläge für alle Versicherten in der Reichsversicherungsordnung. Von dem Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Appellus, ist bei C. Heymanns Verlag in Berlin die dritte, völlig umgearbeitete Auflage einer sehr gediegenen und nützlichen Broschüre erschienen über die Reichsversicherungsordnung.

Kurzer Abriss der Spinnerei, Weberei und Appretur. Bearbeitet vom Ingenieur Hugo Bethmann, Dozent für Maschinenbau am Technikum Altenburg. Verlag von Oskar Veinert, Leipzig.

Das vorliegende Buch ist, wie das Wortwort des Verfassers sagt, in erster Linie für technische Anstalten bestimmt, an denen sich die Vorträge über „Mechanische Technologie“ auch auf Spinnerei und Weberei erstrecken.

Der Vortrag pflegt in der Weise stattzufinden, daß das Prinzip der Maschinen durch zeitraubendes Skizzieren an der Wandtafel mit nachfolgendem Diktat erläutert wird, oder daß Tafeln benützt werden, die dann ebenfalls nachstiziert werden müssen.

Das Buch beschränkt sich deshalb lediglich auf eine kurze Erläuterung des Arbeitsvorganges, soweit derselbe für die nachfolgende Beschreibung der mannigfachen Maschinen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Technikers in Frage kommt.

Wer sich über den ganzen Produktionsprozess in unserem vielgestaltigen Gewerbe kurz aber doch gut orientieren will, laufe sich das Büchlein. Es verdient eine Empfehlung. Der Preis beträgt für das broschurierte Bändchen 2,75, gebunden 0,50 M. mehr.

Es kann auch vom Verlage des Gesamtverbandes in Köln bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrkohlenbecken. - Warum der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter den Streik nicht mitmachen durfte. - Eine regelhafte Beschimpfung unseres Kollegen Schiffer. - Jenkinson: Textilergewinnisse im Haushalt. - Allgemeine Rundschau: Sozialistische Jungmännervereine zur Gewerkschaftsfrage. - Ein unverständliches Urteil. - Eine Gautonferenz des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. - Hirsch-Dunkerische „Neutralität“. - Zum Gewerkschaftstreite in Holland. - Gründliche Bestrafung eines Genossen. - Außerordentlicher Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. - Rückungsaufwendungen der wichtigsten Kulturstätten. - Werkmeister und gelbe Bewegung. - Wer Wind fäet. - Die Stellung französischer Sozialdemokraten zur Alkoholfrage. - Aus unserer Industrie: Der Streik in England und die vogtl. Stiderei- und Spinnenindustrie. - Die Preisbewegung der Textilrohstoffe. - Abschlässe bayrischer Textilfabriken. - Besserung in der Leinenindustrie. - Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. - Achtung, Vorstandsmitglieder! - Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. - Colmar. - M.-Gladbach-Waldhausen. - Hinsbeck. - Rempten. - Leuth. - Schirgismade. - Stuttgart. - Weihenau. - Volkswirtschaftliches und Soziales: Ärzte und Krankenkassen. - Briefkasten. - Versammlungskalender. - Anzeigen. - Sterbe-Tafel. - Literarisches.